

mit Aussicht auf Aussicht

Neue öffentliche Raumpotentiale im Spannungsfeld Öffentlich und Privat

Die approbierte Originalversion dieser Diplom-/
Masterarbeit ist in der Hauptbibliothek der Tech-
nischen Universität Wien aufgestellt und zugänglich.

<http://www.ub.tuwien.ac.at>



The approved original version of this diploma or
master thesis is available at the main library of the
Vienna University of Technology.

<http://www.ub.tuwien.ac.at/eng>

DIPLOMARBEIT

Mit Aussicht auf Aussicht.

Neue Raumpotentiale im Spannungsfeld Öffentlich und Privat am Beispiel Wien.

ausgeführt zum Zwecke der Erlangung des akademischen Grades
eines Diplom-Ingenieurs / Diplom-Ingenieurin

unter der Leitung von
Dipl.-Ing. Dr.tech. Norbert Trolf

E260/L Fachbereich für Landschaftsplanung und Gartenkunst
Institut für Städtebau, Landschaftsarchitektur und Entwerfen

eingereicht an der Technischen Universität Wien
Fakultät für Architektur und Raumplanung

von
Katharina Tremel
0027156

Wien, am 22.10.2015

Mit Aussicht auf Aussicht. neue Raumpotentiale im Spannungsfeld Öffentlich Privat.

Mit Aussicht auf Aussicht. befasst sich mit der Fragestellung „Wie privat ist öffentlicher Raum in Wien bereits?“ und antwortet im Sinne eines Architektur-Diskurses mit einer städtebaulichen Entwicklungsstrategie.

Beweggrund sich mit diesem Thema zu befassen ist einerseits die Faszination für die vielfältige Mischung an Bedürfnissen, den vielen Nutzungsansprüchen, den unterschiedlichen Kulturen und Milieus der städtischen Gesellschaft, die im öffentlichen Raum aufeinandertreffen und andererseits die Herausforderung in einem städtebaulichen Entwurf eine Balance zwischen Privatinteressen und Gemeinwohl zu finden, die dem „Ausverkauf des öffentlichen Raumes“ selbstbewusst entgegentritt.

Im Folgenden wird zunächst gefragt, wovon die Rede ist, wenn im Kontext von Stadtentwicklung von „öffentlichen Räumen“ gesprochen wird. Welche Nutzer, Interessen, Verantwortlichen treffen aufeinander? Wer ergreift die Initiative, wer bestimmt? Wer investiert? Wer darf über den Raum entscheiden? Wem gehört die Stadt? Dabei zeigt sich die Komplexität des Themas und die Wider-

sprüchlichkeit von Wiens Stadtpolitik. Im zweiten Schritt werden die Formen, Mechanismen und Funktionsweisen von Privatisierung öffentlichen Raumes als Konfliktfelder der Stadtplanung vorgestellt. Kapitalismus und Demokratie scheinen unvereinbar. Uneinigkeit und Kontroversen sind vorprogrammiert. Schließlich werden die Konflikte aus Sicht mehrerer Perspektiven beleuchtet und als Chance neuer Formen der Zusammenarbeit verstanden. Alte Modelle wie Top-Down und Bottom - up weichen einer Kommunikation auf gleicher Augenhöhe aller Beteiligten. So soll eine langfristige Stadttaktik für Wien entstehen, die „verloren gegangene“ Öffentlichkeit ersetzt, indem sie über den Dächern der Stadt ungenutzte Ressourcen reaktiviert und in neue Stadtpotenziale verwandelt.

Mithilfe performativer Interventionen mit stadtplanerischem Ansatz wird ausgelotet, was öffentlicher Raum noch sein kann. Die klassische (Re)Produktion von städtischem Raum wird in Frage gestellt.

Treml, Katharina

A view in a sight.
New potential of urban
space caught in dispute
of public and private
areas.

A View in Sight is a work which focuses on the question "How private has public space become in Vienna?" and responds with an urban development strategy in form of an architectural discourse.

The many different needs, land claims and various cultures clashing with each other within urban space and creating a captivating mix is the motivation behind this thesis. A further incentive for the work's topic is the current challenge to create an urban-planning concept which confronts the problem of the "sell-out of public space" by balancing out private interests with the public good.

Below is first asked what are „public places“ in the context of urban development. What users, interests, leaders meet? Whoever takes the initiative, who decides? Who invests? Who is allowed to decide on space? Whom does the city belong to? This shows the complexity of the issue and the contradictory nature of Vienna's city policy. In the second step, the forms, mechanisms and modes of privatization of public space will be presented as conflict fields of urban plan-

ning. Capitalism and democracy seem incompatible. Unity and controversies are inevitable. The work examines this particular conflict from many perspectives and understands the controversy as a chance for new forms of cooperation. It replaces outdated approaches such as top-down or bottom-down models by horizontal communication and presents a long-term urban policy for Vienna. This policy's objective is to reactivate the city's unexploited resources by searching out "lost" public areas such as the rooftops of the city and making use of their urban potential.

A View in Sight explores what public space can still be by applying performative architecture based on an urban planning concept. The key to this thesis is a fresh approach to classic organisation of urban space.

Tremel, Katharina

VERZEICHNIS

12	1. Einführung
12	1.1. Problemaufriss
14	1.2. Zielsetzung
18	2. Öffentlicher Raum
18	2.1. Suche nach Definition
20	2.2. Typologien
22	2.3. Nutzergruppen
24	2.4. Interessengruppen
26	3. Privatisierung
28	3.1. Formen
30	3.2. Mechanismen
34	3.3. Folgen
36	3.4. Fazit
38	4. Situation in Wien
38	4.1. Wien.
40	4.2. Wer plant?
47	5. Stadtstrategie
49	5.1. Regulierung
50	5.2. Ausgleichsmodell
53	5.3. Anreizsystem
55	6. Entwurf
56	6.1. Analyse - Wien
58	6.2. Analyse - Josefstadt
64	6.3. Konzept
72	6.4. Raumideen
76	6.5. Anreize
78	6.6. 1 Situation
87	7. Referenzen
87	7.1. in orbit, Tomàs Sarazeno
88	7.2. He, Bam!
91	8. Quellen
	8.1. Literatur-/Bildnachweis

„Ein Stadtplan, der den Ort Utopia nicht enthielte, wäre es nicht wert einen Blick drauf zu werfen.“

Oscar Wilde

problem aufriss

Zum ersten Mal in der Geschichte leben mehr Menschen in Städten als auf dem Land. Noch in diesem Jahrhundert wird $\frac{3}{4}$ der Weltbevölkerung in Städten wohnen und der weltweite Trend zur Urbanisierung ist ungebrochen.

In der wachsenden, globalisierten, neuen Welt stehen StädteplanerInnen vor der großen Herausforderung den vielen Nutzungsansprüchen, Bedürfnissen, den unterschiedlichen Kulturen und Milieus der städtischen Gesellschaft gerecht zu werden. Neue Stadtteile, neue Infrastrukturen, innovative Wohnformen, technische als auch soziale Innovationen müssen für die dichte Stadt entwickelt und erdacht werden.

Neben dem hohen Anteil an bebauten Flächen – hängt die Zukunft der Stadt wesentlich vom Freiraum Stadtraum ab. Öffentlicher Freiraum ist ein wichtiger Bestandteil der Stadt, „er ist Angelpunkt im öffentlichen Leben“ (vgl. Meinharter, 2010), hier findet Begegnung statt - zufällig oder geplant. „Zu den wesentlichen Merkmalen einer städ-

tisch geprägten Öffentlichkeitskultur gehört die Begegnung mit dem Fremden, mit unbekanntem Menschen und Dingen. Durch die ständige Horizonterweiterung eröffnen sich Chancen für die Persönlichkeitsentwicklung, insofern als das Eigene und Vertraute stets in Frage gestellt wird.“¹ Eine Stadt lebt somit durch die Vielfalt ihrer Stadtbewohner, den zufälligen Begegnungen, dem Austausch und der Durchmischung.

Öffentlicher Raum ist immer in seiner sozialpolitischen Dimension zu verstehen. Freie Zugänglichkeit und die dadurch entstehende Überlagerung der Nutzer und ihrer Ansprüche geben den öffentlichen Räumen eine gesellschaftspolitische Relevanz. Er ist offener Repräsentations- und Aktionsraum - „prozesshaft und situational - ein Verhandlungsraum heterogener Gruppen“ (vgl. Wildner, 2003) und somit ein essentielles gesellschaftliches Gemeingut.

„Unter den Vorzeichen von Neoliberalismus und Globalisierung verändert



Öffentlicher Raum, öffentliches Gut?

sich der öffentliche Raum schleichend von einem Ort der Allgemeinheit zu einem Verwertungsraum.“² 2007 löste die Finanzwelt die „Subprime-Krise“, die globale Finanz- und Wirtschaftskrise aus, die dazu führte, dass vor allem in den Großstädten verunsicherte Anleger nicht mehr in Aktienfonds, sondern in Immobilien, in so genanntes Betongold investierten. Ganze Stadträume wurden von den Stadtverwaltungen umgewidmet und an Privatinvestoren verkauft. Der Trend, städtische Freiflächen den Interessen der privaten Kommerz- und Renditewelt zu unterwerfen, hält an. Die Zivilgesellschaft wehrt sich in den letzten Jahren vermehrt gegen „den Ausverkauf des öffentlichen Raumes“. Das Spannungsdreieck zwischen staatlicher Öffentlichkeit, ziviler Öffentlichkeit und Privateigentümern gerät dabei allzu oft aus der Balance. Fehlende, ausgleichende Regulierungen seitens der Politik schüren den Konflikt.

Die vorliegende Arbeit wirft einen spezifischen Blick auf Wien, seine öffentlichen Räume, seine Planungslandschaft und geht kritisch der Frage nach „Wie privat ist öffentlicher Raum bereits?“. Das Spannungsfeld Öffentlich - Privat und die divergierenden Ansprüche an den öffentlichen Raum werden untersucht.

Bei den Kommunalwahlen im Herbst 2010 verlor die SPÖ ihre absolute Mehrheit und koaliert seitdem mit den Grünen. Für den öffentlichen Raum bedeutende Projekte wurden möglich. Die Jahresnetzkarte für die Benutzung des öffentlichen Verkehrs um 365 Euro, die Parkraumbewirtschaftung, die Mariahilferstrasse wurden unter anderem realisiert. Im gleichen Zeitraum entstanden Großprojekte wie Wien Mitte oder der Hauptbahnhof, die dem öffentlichen Raum zu wenig Platz einräumen. Die urbanen Defizite durch „Investorenarchitektur“ stehen stark unter Kritik. Bei genauerer Betrachtung wird klar, dass Wiens Stadtplanung geprägt ist

ziel.

von Widersprüchlichkeiten. Aufgeteilt auf mehrere Geschäftsgruppen verfolgt man in den unterschiedlichen Ressorts nicht idente Ziele. Übergeordnete rechtsverbindliche Bestimmungen, die regulierend wirken können, sucht man vergeblich.

Ziel dieser Arbeit ist es, einerseits die Verflechtungen und das Wechselspiel von Finanzwelt und Stadtpolitik am Beispiel von Wien zu begreifen und andererseits in einem konzeptionellen Entwurf der Frage nachzugehen: Wie könnte eine Stadtentwicklungs-vision für den öffentlichen Raum aussehen?

Zunächst wird gefragt, was ist öffentlicher Raum im Kontext gegenwärtiger Stadtentwicklung. Im nächsten Schritt wirft die Arbeit einen detaillierten Blick auf Wiens komplexe Planungslandschaft, seine Formen der Privatisierung, und die Konsequenzen daraus für die städtische Gesellschaft. Die gefundenen Ergebnisse führen schließlich im zweiten Teil zu einem städtebaulichen Ent-

wurf, der einen unkonventionellen Ansatz eines lebendigen städtischen Raumes skizziert.

Ziel ist es im dichtbebauten Stadtgebiet vorhandene, ungenutzte Ressourcen in privater und öffentlicher Hand zugänglich zu machen. Durch die Einführung neuer Regulierungen und eines Anreizsystems werden neue Raumpotentiale über den Dächern der Stadt erschaffen. Ein System des Teilens, das Privateigentümer, Investoren, Politik und Bevölkerung einbindet soll das Gleichgewicht der Interessengruppen zu Gunsten aller verbessern.

Katharina Tremel



Luftbild, Wien 2000



Blank handwriting practice lines on the left side of the page, consisting of five columns of horizontal lines.

Blank handwriting practice lines on the right side of the page, consisting of four columns of horizontal lines. The lines in the second and fourth columns are slightly slanted.

suche nach definition

Der öffentliche Raum ist ein oft verwendeter, vielfach umschriebener, aber nur schwer einzugrenzender Begriff. Das zeigt sich schon bei der Suche nach einer Definition. Das Standardwerk zur deutschen Sprache, der Duden, gibt hierzu keine Antwort - der Begriff findet sich im Sprachwörterbuch nicht wieder. Näheren wir uns also erstmals über die Lesarten des Begriffes „öffentlich“: Schlägt man im Duden nach, bedeutet „öffentlich“:

1. für jeden hörbar und sichtbar, nicht geheim
2. für die Allgemeinheit zugänglich

Öffentlicher Raum impliziert auf jeden Fall „das Öffentliche“ und „die Öffentlichkeit“. „Die Öffentlichkeit“ ist per definitionem:

1. als Gesamtheit gesehener Bereich von Menschen
2. in dem etwas allgemein bekannt (geworden) und allen zugänglich ist

Der Begriff „offen“ fügt weitere Eigenschaf-

ten hinzu:

1. nicht geschlossen; nicht ab-,
zugeschlossen
2. durch kein Hindernis versperrt;
frei (zugänglich)
3. (noch) nicht entschieden;
ungewiss

Somit steht der öffentliche Raum in enger Verbindung mit den Begriffen öffentlich, offen und Öffentlichkeit. Er grenzt sich sprachlich klar vom Privaten ab, das sich durch Anonymität, Verborgenheit, Heimlichkeit und bei Hannah Arendt durch die Abwesenheit von anderen auszeichnet. Ist öffentlicher Raum also das Gegenstück zum privaten Raum? Wo beginnt das Öffentliche, wo endet das Private - sind die Grenzen dabei nicht ohnehin fließend?

Zeitgenössische Positionen sprechen deshalb von der Existenz verschiedener Öffentlichkeiten, von sogenannten Teilöffentlichkeiten. Hierbei kategorisiert man unter



Stadtraum, für alle?

anderem nach dem klassischen öffentlichen Raum, scheinöffentlichen Raum, semiöffentlichen Raum, dem privaten öffentlichen Raum, dem virtuellen öffentlichen Raum und vielen mehr. Somit gibt es *den* öffentlichen Raum nicht, vielmehr muss man den Begriff um seinen Plural *öffentliche Räume* erweitern. Öffentlichkeit findet somit in den öffentlichen Räumen statt. Lofland kennzeichnet den öffentlichen Raum als „ein für alle Mitglieder der Gemeinschaft visuell und physisch zugänglicher Raum“ (Lofland, 1998). „Grundvoraussetzung ist also die freie Zugangsmöglichkeit zu diesen Räumen. Jedoch findet die von Lofland beschriebene „Begegnung mit Fremden, auch in Räumen statt, die eigentlich nicht jedem Menschen frei zugänglich sind, faktisch jedoch von allen Bürgern genutzt werden.“³ Die Grenzen sind hierbei nahtlos und teilweise ohne klar ersichtliche Übergänge. „Räume sind nur selten eindeutig den Polen „öffentlich“ oder „privat“ zuzuordnen.“⁴ Die Unschärfen und die Abfolge der

unterschiedlichen Räume tragen zu einem vielfältigen, abwechslungsreichen Stadtraum bei. Es werden im Folgenden deshalb auch jene Räume betrachtet, die eigentlich keinen öffentlichen Raum im klassischen Sinne darstellen.

Eine kleine Typologie.

Unter dem *klassischen öffentlichen Raum* versteht man öffentliche Plätze, Parks, Straßen, Gehwege, etc., also alle öffentlichen Verkehrs- oder Grünflächen, die sich zwischen den angrenzenden privaten oder öffentlichen Gebäuden bilden. Sie sind für Jedermann, jederzeit frei zugänglich und frei nutzbar. Der Träger ist die öffentliche Hand, die öffentliche Ordnung fällt in Ihre Zuständigkeit. Neben den Regeln und Verordnungen der Stadtverwaltung herrscht hier unausgesprochen Übereinkunft über den sozialen Verhaltenskodex menschlichen Zusammentreffens.

Der *Semiöffentliche Raum* oder auch *teilöffentliche Raum* ist jener Raum, der sich in Privatbesitz befindet, aber von der Öff-

typologie



Wien Mitte, Ortner & Ortner, Neumann + Steiner

fentlichkeit wie ein klassischer öffentlicher Raum genutzt wird. Meistens sind dies infrastrukturelle Räume bei und vor Gebäuden wie etwa Bahnhof Wien Mitte. Wer mit der U-Bahn oder S-Bahn reisen möchte, muss den oberirdischen Raum betreten. Die Trägerschaft ist in privater Hand, sie übt das Hausrecht (Privatrecht) aus. Rein faktisch handelt es sich aber um einen klassischen öffentlichen Raum. Rechtlich betrachtet ist es eine Sonderform von privatem Gelände.

Der *private öffentliche Raum* ähnelt stark dem *teilöffentlichen Raum*. Es handelt sich um privaten Raum, in dem das Hausrecht gilt. Klassisches Beispiele sind Märkte und Shoppingmalls. Tatsächlich ist es jedoch ein öffentlicher Raum, da dieser von der Art der Nutzung durch die Bevölkerung öffentlichem Raum entspricht. Der *private öffentliche Raum* hat meistens die strikteste Zugangsregulierung und Beschränkung gegenüber bestimmten Randgruppen. (vgl. Sel-

le, 2002)

Diese Ausweitung privater Interessen im öffentlichen Raum vor allem im Umfeld von Bahnhöfen und Einkaufszentren ist ein zeitgenössisches Phänomen. „In einem - nicht mehr sichtbaren - Wechselspiel zwischen privatem und öffentlichem Raum verschwimmen private und öffentliche Interessen. Pflege und Unterhalt dieser Räume sind verbunden mit den Zielen Sicherheit, Sauberkeit und münden oft in eine Wegweisungsmöglichkeit unerwünschter Gruppen.“⁵

Rem Koolhaas erweiterte die Diskussion 1999 mit jenem kritischen Zitat: „Shopping dürfte wohl die letzte noch übriggebliebene Form öffentlicher Aktivität sein.“⁶ Angesichts einer aktuellen Vermischung von Konsum und Kultur ist es umso wichtiger, durch Regulierung seitens der Politik die Balance zwischen *klassisch öffentlichen* und *semiöffentlichen* Räumen herzustellen. Einseitige Konsumkultur gefährdet den öffentlichen

nutzer

Raum als wesentliches Kulturgut.

Beim Blick in einschlägige Fachlexika verschiedener Disziplinen, fällt die „akademische Kontroverse um den Gegenstand“⁷ auf. Helmut Schubert dazu: „In den Planungswissenschaften hat sich der relative Ansatz (...) noch nicht sehr verbreiten können. Stattdessen herrscht ein Dualismus des Raumbegriffes vor. Der Raum wird in zwei verschiedene Typen gespalten: in den physikalischen Raum und in die soziale Raumnutzung. Indem die Planungswissenschaften den ersten Typ als das Praxisfeld ihrer Gestaltungsaufgaben definieren und den zweiten Typ den (...) Gesellschaftswissenschaften überlassen, wird eine unüberwindbare Barriere errichtet, den öffentlichen Raum wirklichkeitsgetreu zu erfassen.“⁸ Neben der „Diskrepanz zwischen planerischen Positionen und gesellschaftswissenschaftlichen Sichtweisen“⁹ treffen im öffentlichen Raum verschiedenste Interessen und Lobbies aufeinander, die den

Begriff zusätzlich mit durchaus konträren Interpretationen belasten. Das prägt und erschwert die Auseinandersetzungen mit diesem hochkomplexen, diffusen Thema.

Nutzergruppen

Die vielen Nutzergruppen werden der Einfachheit halber in zwei große Gruppen geteilt: in jene Gruppe, die die Verkehrsflächen und den öffentlichen Raum als Transitraum nutzen, und in jene, die kurzfristig oder länger im öffentlichen Raum verweilen. Beide Gruppen sind äußerst heterogen.

Zur ersten Gruppe zählen Autofahrer, Radfahrer und Fußgänger, die den öffentlichen Verkehr nutzen. Sie teilen sich hauptsächlich Straßen und Gehwege neben anderen befestigten Flächen. Ihre unterschiedlichen Flächenansprüche, Geschwindigkeiten, ihre unterschiedlich stark vertretenen Lobbies und die Gewichtigkeit seitens der Wiener Stadtplanung führen vermehrt zu Konflikten.



Citizens, Collage, Mia Olofsson

Viele Dekaden des 20. Jahrhunderts war der öffentliche Raum hauptsächlich Transitraum, „eine Schleuse zwischen Arbeit und Freizeit, der Verbindungskanal zwischen den Immobilien.“¹⁰ Seitdem die Stadtbewohner wieder vermehrt auf die Straße gehen und neue Qualitäten vor ihren Wohnungen einfordern, ist besonders das Thema motorisierter Verkehr - ob stehend oder sich bewegend - ein sehr emotionales Thema geworden. Eine intelligente Lösung der Mobilität ist ein Grundparameter für eine lebenswerte Stadt.

Zur zweiten Gruppe zählen all jene Personen, die öffentliche Räume als Orte der Erholung, des Treffpunkts, als Spielraum, als erweitertes Wohnzimmer, als Schlafstätte, zur politischen Demonstration...etc. nutzen. Pensionisten, Familien mit Kleinkindern, Jugendliche und Randgruppen wie Obdachlose erheben Anspruch auf öffentliche befestigte und begrünte Räume. Die Heterogenität zeichnet sich hierbei durch die verschieden-

artigen Aktivitäten ab. Machtansprüche einzelner Gruppen auf Raum führen oft zu Konflikten. Jugendliche sind die Nutzergruppe mit der schwächsten Lobby, dies könnte ein weitgehendes Fehlen von Möglichkeitsräumen für Streifzüge oder beispielbaren Strukturen in Wien erklären. Sie brauchen Platz, um Konflikte auszutragen, sowie verantwortliches Handeln und Toleranz zu erlernen.

Interessengruppen

Die Konflikte um die öffentlichen Räume werden durch teilweise übermächtige, einflussreiche Interessensgruppen zusätzlich geschürt. Im Besitz von Instrumenten und Möglichkeiten werden eigene Ziele und Interessen verfolgt und in intransparenten Prozessen über das Allgemeinwohl hinweg entschieden. Hierarchisch aufgelistet gibt es folgende:

- die staatlich-verwaltungstechnische Öffentlichkeit: regierenden und opposi-

interessen gruppen

tionellen Parteien

- Investoren, Bauträger
- Stadtbevölkerung

Die Stadtbevölkerung hat viele Interessensvertretungen, diese haben aber in Hinblick auf Mitbestimmung weniger Möglichkeiten der Teilhabe am Diskurs. Bürgerbeteiligung und Partizipation bilden oft nur ein Feigenblatt in längst beschlossenen Stadtentwicklungsprozessen. Das führt unter anderem zur *Not in my Backyard* Mentalität (kurz: NIMBY) einiger Bürger. Die sogenannten „Wutbürger“ sträuben sich vehement gegen Veränderungen im eigenen unmittelbaren Umfeld, besonders wenn es um marginalisierte und diskriminierte Gruppen geht. In erster Linie will man das Eigentum oder ökonomische Interessen schützen. Rainer Nowak bringt es auf den Punkt: „Viele Wiener wollen nicht Weltstadt sein oder werden. Sondern im größten Dorf des Landes leben. In Sicherheit und mit möglichst wenig Veränderung.“¹¹

„Uneinigkeit und verschiedenartige Interpretationen liegen „in der Natur der Sache, gerade wenn es um Fragen der Stadt geht, jener Mischung aus Unregelmäßigkeit, Wechsel, Vorgehen, Nichtschritt halten, Zusammenstößen von Dingen und Angelegenheiten, bodenlosen Punkten der Stille dazwischen, aus Bahnen und Ungebahntem, aus einem großen rhythmischen Schlag und der ewigen Verstimmung und Verschiebung aller Rhythmen gegeneinander“, als die Robert Musil die moderne Stadt charakterisiert hat.“¹²

In dieser Masterarbeit soll der öffentliche Raum einerseits in seiner Eigenschaft als konkreter, physisch realer, städtischer Ort ins Blickfeld gerückt werden, der sich „auf die gebaute Umwelt, die infrastrukturelle Gliederung und die Architektur,⁸ bezieht. Andererseits wird er als diskursiver, noch nicht entschiedener, individuell gelebter, subjektiv gedachter Raum verstanden. Öffentlicher Raum unterliegt einem ständi-



Demografischer Wandel

gen Wandel. Er muss flexibel, nicht starr gedacht werden und kann nur in kooperativen und partizipativen Prozessen ausgehandelt werden. Im Ideal der Demokratie gestalten Stadtbewohner, Politiker und Eigentümer gemeinsam miteinander argumentierend, diskutierend und überlegend ihre öffentlichen Strukturen.

staat und privat

Kapitalismus und Neoliberalismus sind zu einem mächtigen Bestandteil unseres Gesellschaftssystems geworden. Im Vordergrund stehen das Prinzip des Wettbewerbs und der Konkurrenz. Dabei wird öffentliche und demokratische Einflussnahme immer mehr abgeschottet. Rentabilitätslogik und Prozesse der Inwertsetzung spiegeln den gesellschaftlichen Trend deutlich wider. Sie durchdringen die Gesellschaft auf vielfältige Art und Weise. „Als jüngste Entwicklung setzt der Neoliberalismus dazu an, mittels kooperativer Strategien die letzten Winkel des Privaten in Wert zu setzen – aus Gastfreundschaft wird *Airb'n'b*, aus Mitfahrgelegenheiten *Uber*, aus alltäglicher Nachbarschaftshilfe *Leihdirwas*.“¹³

Seit den 80/90iger Jahren finden sich auch Städte vermehrt in diesem Wettbewerbssystem wieder. „Sei es der Wettbewerb um Investitionen, um LeistungsträgerInnen, TouristInnen,“¹⁴ Megaevents oder um Platz 1 im

Städteranking. Dabei geht es auch immer um Kapitalbeschaffung. Neben den hohen Staatsschulden muss die globalisierte Stadt den hohen Anforderungen des urbanen Wachstums gerecht werden. Neue Stadtteile, neue Infrastrukturen und „smarter“ Wohnraum müssen entwickelt und errichtet werden. Neben dem hohen Anteil an bebauten Flächen, die bereitgestellt werden müssen, ist der Freiraum Stadtraum ein wesentlicher Faktor für die Stadt. Öffentliche Räume zählen – sofern sie präsent sind – zu den weichen Standortfaktoren (Kultur, Natur, Erholungs- und Freizeitwert...). Neben den harten Standortfaktoren (z. B. Steuern, Subventionen, Infrastruktur, Arbeitskräftepotential, Ressourcenverfügbarkeit...) sind sie Voraussetzung für die Ansiedlung von Unternehmen. „Viele Städte sehen sich aber zunehmend außer Stande, die Flächen und Einrichtungen des öffentlichen Raumes zu unterhalten und selbst zu bewirtschaften.“¹⁵ Die Tendenzen



Kundgebung, Hamburg

zur Privatisierung öffentlich genutzter Einrichtungen bzw. die Übertragung von Rechten und Pflichten an privatrechtliche Unternehmen verstärken sich. „Immer größere Teile unserer Städte wandern – zur Entlastung der öffentlichen Hand – in Privatbesitz.“¹⁶ Die Folge: die Strategie der Privatisierung ist zur Stadtkonzeption mutiert.

2007 gewann das Thema zusätzliche Brisanz als die schnelle Finanzwelt die „Subprime-Krise“, die globale Finanz- und Wirtschaftskrise auslöste. Dies führte dazu, dass vor allem in den Großstädten verunsicherte Anleger nicht mehr in Aktienfonds, sondern in Immobilien, in so genanntes Betongold investierten. Ganze Stadträume wurden von den Stadtverwaltungen verkauft. Die öffentliche Hand sieht diese Vorhaben als Chance, weil sie selbst nicht mehr die finanziellen Mittel in die Hand nehmen muss. Vielerorts, von London bis nach Istanbul, praktiziert man diese Stadtlogik, die öffentliche Interes-

sen in den Hintergrund drängt.

„Die Stadt ist kein Ausverkaufsschnäppchen und Lebensraum lässt sich nicht per Höchstgebot verscherbeln.“¹⁷ tönt es aus den Reihen der Kritiker. Diese überspitzte Darstellung stadtpolitischer Vorgänge zeichnet ein sehr pessimistisches Bild. In der Diskussion um öffentliche Räume ist vom Absterben und vom Verlust dergleichen die Rede. Die Aufgaben der Stadtentwicklung würden vollständig auf Private übertragen werden. Eine solche komplette Privatisierung ist zwar theoretisch denkbar, reiht sich aber in ein Schwarz-Weiß-Denken ein, das dem vielschichtigen Thema nicht gerecht wird. Grund genug im Folgenden einen genaueren, differenzierten Blick auf die private Einflussnahme auf die Stadtpolitik zu werfen. Wie funktionieren öffentlich, private Modelle?

formen

Wie sieht das Wechselspiel zwischen Staat und privaten Developern, die Verflechtung von Finanzen und Stadtpolitik im Detail aus? Welche Formen der Privatisierung gibt es?

Vorweg sei gesagt, dass der Begriff Privatisierung von öffentlichem Stadtraum ebenso wie die Thematik öffentliche Räume selbst sehr komplex ist, unterschiedliche Intensitätsgrade besitzt und äußerst unscharf einzugrenzen ist. Der alltägliche Raum ist in den wenigsten Fällen eine rein öffentliche Angelegenheit. „Hier wirken Private als Eigentümer, Geldgeber und Produzenten mit. Unternehmen, Banken, Entwicklungsgesellschaften, aber auch Hochschulen, Kirchen, gemeinnützige Vereine oder Mäzene, nehmen auf unterschiedlichste Weise und Intensität Einfluss: Sie produzieren, gestalten, sponsern, sichern, pflegen öffentlich nutzbare Räume zum Teil in enger Kooperation mit der öffentlichen Hand, ohne dass man diesen Räumen die private Einflussnahme

anmerkt.“¹⁸ Die Privatisierung kann sich auf ganz unterschiedliche Bereiche beziehen, den Verkauf von Immobilienbestand mit dazugehörigen Freiflächen, Verkauf von Infrastruktur, die Bewirtschaftung, Unterhaltung oder die Kommerzialisierung öffentlicher Räume. Der Einfachheit halber wird hier in 2 Gruppen unterschieden:

- temporär privatisierte Freiräume
- dauerhaft privatisierte Freiräume

Zur ersten Gruppe zählen Sondernutzungsrechte von Einzelhandel auf Gehsteigen und Fußgängerzonen, kommerzielle Veranstaltungen, Baustellen und Werbeflächen. Dies wird oft auch als *Monetarisierung* des öffentlichen Raumes bezeichnet. „Der Maßstab ist Geld, wer keines hat, hat praktisch keine Chance auf sich oder seine Anliegen hinzuweisen.“¹⁹ Unter dauerhaft privatisierten Freiräumen sind verkaufte, umgewidmete und verbaute Räume zu verstehen. Hierzu zählen ehemals öffentliche Grünflächen, Par-



Public Swimming Pool, Bukarest, 2012

kanlagen, Straßen und Wege, Gebäude und Wohnkomplexe. In beiden Fällen handelt es sich um einen der Allgemeinheit entzogenen Raum. Für einen bestimmten Teil der Gesellschaft werden diese Flächen unzugänglich. Über Zugangsbeschränkung und Verhaltenskodex entscheiden Einzelne. Das große anonyme Privateigentum unterwandert und verändert somit die öffentlichen Räume.

Betrachtet man die Mechanismen, Produktions- und Vorgehensweisen von Privatisierung und Teilprivatisierung wird deutlich, dass Staat und Privatwirtschaft eng miteinander verknüpft agieren. Zur Finanzierung von Bau, Wiederherstellung und Unterhaltung öffentlicher Räume setzt man vermehrt auf Public Private Partnerships, kurz PPP (im Deutschen auch ÖPP = öffentlich private Partnerschaft). Regierungen und Investoren drängen mehr denn je auf das angebliche Heilmittel Public Private Partnership. Weil die Stadt keine neuen Schulden ma-

chen darf - sie unterliegt unter anderem den Maastricht-Kriterien (höchstens 60% des BIP-Schuldenstandes, höchstens 3% Defizit jährlich) - weicht sie auf PPP-Verfahren aus. Bei einem PPP-Verfahren gibt der Auftraggeber (in diesem Fall die Stadt) den Auftrag, ein Projekt zu bauen, finanziert den Bau aber nicht selbst. Das übernehmen die privaten Partner, die das Projekt nach den Vorgaben des Auftraggebers errichten, finanzieren, betreiben und instand halten. „Formal gehört der Bau dem PPP-Partner, der Auftraggeber mietet sich dort nur ein und zahlt monatlich eine Pauschalmiete. Erst nach zirka 20 bis 30 Jahren Vertragslaufzeit geht das Projekt ins Eigentum des Auftraggebers über.“²⁰ Grundgedanke dieser Projekte ist vor allem ein budgetäre: Errichtet und finanziert der PPP-Partner das Objekt, muss sich der öffentliche Auftraggeber dafür nicht verschulden. Nach den Maastricht-Kriterien macht es sich besser, jahrzehntelang Miete zu zahlen als fü

mechanismen

ein Bauprojekt viel Geld auf einmal in die Hand zu nehmen. Tatsächlich ist dieses Modell wesentlich teurer als selbst zu bauen und die Schulden im Endeffekt höher. Ein Grund dafür: private Baufirmen bekommen bei der Bank schlechtere Konditionen als ein öffentlicher Auftraggeber. Ferner muss ein Privatinvestor die Unsicherheit für die nächsten 20 bis 30 Jahre einplanen und den Risikozuschlag mitkalkulieren. Doch auch die Stadt trägt ein großes Risiko. Geht ein Investor im Laufe der Vertragszeit in die Insolvenz, muss die öffentliche Hand die Verpflichtungen des Investors übernehmen und mit Verlust neu beginnen. Die Mehrkosten müssen allesamt vom Steuerzahler getragen werden. Schwerwiegender ist jedoch die Unterwanderung der Demokratie, die an der Intransparenz der Vorgangsweise deutlich sichtbar wird. Privatisierungsverträge unterliegen einer strengen Geheimhaltung sowohl gegenüber der Öffentlichkeit wie auch gegenüber der Volksvertretung. „Die Abmachungen zwischen der

Stadt und einzelnen Investoren sind so geheim, dass nicht einmal der Gemeinderat in alles Einsicht hat. Dadurch sind Leistungen seitens Privater auch nicht einklagbar, solange die politisch Verantwortlichen das nicht wollen.“²¹ An die Öffentlichkeit dringen Informationen erst spät oder wenn bereits entschieden wurde. Bei PPP handelt es sich um keine Partnerschaft, sondern macht die Stadt durch langfristige, zusätzliche Verschuldung noch abhängiger von Banken und Investoren als bisher. Sie gräbt sich tiefer in das kapitalistische System, das in elementarem Widerspruch zu demokratischer Stadtentwicklung steht.

Werden ganze Stadtteile teil- oder ganz privatisiert benennt man diese Bereiche *Business Improvement Districts (BID)*. Dieser Trend entwickelte sich in den 1980-er Jahre in den Innenstädten der USA mit dem Ziel, die Innenstädte für Konsumenten attraktiver zu machen. BID „(auch Innovationsbereich, Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISG),



Graffiti, Krakowa

Innerstädtische Geschäftsquartiere (INGE), Partnerschaften zur Attraktivierung von City-, Dienstleistungs- und Tourismusbereichen (PACT) ist ein räumlich klar umrissener Bereich,²² in denen Wirtschaftstreibenden und Grundeigentümern eines Stadtquartiers die Standortqualität durch Maßnahmen im öffentlichen Raum verbessern möchten. Die dafür notwendigen finanziellen Mittel werden in Form einer zweckgebundene Abgabe für einen festgelegten Zeitraum (circa 5 Jahre) von allen Grundeigentümern des Stadtquartiers erhoben. Diese Zwangsabgabe wird von der Stadt eingezogen und direkt an die nicht-staatliche BID-Gesellschaft weitergeleitet. Die private Gesellschaft verfügt über die Finanzmittel und handelt weitgehend selbstbestimmt. Die Freiräume im BID verbleiben somit im staatlichen Besitz, die öffentlich-rechtliche Verwaltung übernimmt das private Management. Hauptziele sind die Werterhaltung der Immobilien und Stei-

gerung des Umsatzes. Randgruppen, die am Konsum weniger oder gar nicht teilhaben können wie Jugendliche, Alte, Obdachlose... misst man keine Bedeutung zu und versucht diese weitgehend von den Quartieren fern zu halten. BID übernimmt Aufgaben der öffentlichen Hand, die Entscheidungsstrukturen entsprechen aber nicht den demokratischen Grundregeln. BID ist somit undemokratische Privatisierung städtischer Räume.

In Österreich wurde das erste BID-Modell in Niederösterreich in der Stadt Tulln durch die Gruppe Schörghuber 2003 umgesetzt.

Ein weiteres Modell der Privatisierung ist die optimale *Verwertung öffentlichen Eigentums* - der klassische Verkauf von Immobilien und Grundbesitz. Meistens fehlen staatliche Eigenmittel für Renovierung, Umbau und Erhaltung von Bestand. Um das nationale Defizit nicht noch mehr zu strapazieren, wird verkauft. In Wien gibt es eine

mechanismen

Vielzahl von Negativbeispielen, bei denen weit unter Marktwert verkauft wurde. Verkauft die Stadt unter Wert, „erwächst dem Käufer ein ungerechtfertigter Vorteil, weil er das Eigentum des Steuerzahlers für weniger erwirbt, als es tatsächlich wert ist: eine verbotene staatliche Beihilfe. Dadurch wird der Wettbewerb verzerrt, andere Firmen müssen auf dem Markt viel mehr bezahlen.“²³ Die Liegenschaft günstig zu veräußern, hat meist wirtschaftliche und/oder politische Interessen (zB. Unternehmensansiedlungsprogramme).

Im Zuge der genannten Mechanismen ist *Flächenwidmung*, also die Abänderung oder Neuverfassung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes, eine gängige Praxis. Der Flächenwidmungsplan gibt bestimmte Bebauungsstrukturen vor; er weist nach § 5 der Wiener Bauordnung folgende Inhalte auf: Fluchtlinien, Bauklassen, Bauweisen, Höhenlage und Querschnitt von Ver-

kehrflächen. Hier sind die Abgrenzung von öffentlichen Verkehrsflächen und die Grenze zu andersgewidmeten Gebieten bestimmt. Die Art des Baugebietes (Wohngebiet, gemischtes Gebiet...), die zulässige Gebäudehöhe, die Bauweise (offene, geschlossene Bauweise...) und die Bebauungsdichte eines Grundstückes sind hier festgelegt. Weiters gibt das Plandokument Auskunft wieviel Prozent der oberirdischen Kubatur der Zweckbestimmung soziale Nutzung zuzuführen sind. Die Flächenwidmung stellt somit eine öffentlich-rechtliche Beschränkung der zivilen Rechte privater Grundeigentümer dar. Der Grundbesitzer oder neue Käufer ist an die Widmung gebunden und muss seine Bauvorhaben entsprechend der Bestimmungen errichten.

Stadt ist etwas dynamisches und verändert sich ständig, da ist es nicht unüblich, dass die Vorschriften in Umwidmungsverfahren abgeändert, adaptiert und erneuert wer-



Instant City Life, Vega Landskab, Kopenhagen

den. In diesem Prozess sind die Interessen der betroffenen Bevölkerung darzustellen, zu bewerten und dem allfälligen Interesse eines Grundeigentümers gegenüber zu stellen. Jetzt gibt aber auch hier unzählige Beispiele, die den Verdacht nahe legen, dass öfters zu Gunsten einzelner Investoren und deren ökonomischer Nutzen entschieden wird. Wie kann es zum Beispiel sein, dass am Areal Wiener Heumarkt ein 73m hoher Luxuswohnturm errichtet werden wird?

Schließlich gibt es noch die kleinste Form der Privatisierung öffentlicher Stadträume. Hierzu zählen die Sondernutzungsrechte von Einzelhandel auf Gehsteigen und Fußgängerzonen, kommerzielle Veranstaltungen, Baustellen und Werbeflächen. Wie eingangs erwähnt spricht man auch von der *Monetarisierung* des öffentlichen Raumes. Sie fallen nicht so stark ins Gewicht wie die „Großbaustellen“ PPP und BID, sind aber in ihrer Masse und auftretenden Häufigkeit

ebenso bedenklich. Ein sogenannter „Schaniergarten“ im öffentlichen Raum kostet pro Monat je Quadratmeter zwischen 7,50 Euro und 1 Euro. Hier wird Stadtraum extrem günstig veräußert. Das Ausmaß kann man gut an der neu errichteten Umgebung des Bahnhofs Wien Mitte beobachten. Die Freifläche zwischen „The Mall“ und dem gegenüber liegenden W3 ist zumindest im Sommer nicht als Platz zu erkennen. Sie ist weitgehend von gastronomischen Betrieben okkupiert, öffentliche Sitzgelegenheiten hingegen sucht man vergeblich.

Bei Veranstaltungen, Versammlungen und Werbung im Außenraum werden „Eliten gesellschaftlicher Bedeutung“ bevorzugt - Popstars mit Liveauftritten, Politikerinnen mit Reden oder Firmen mit ihrer Werbung. Es entsteht „ein Monopol für die Darstellung von Inhalten im öffentlichen Raum.“²⁴ Wer kein Kapital hat, hat keine Chance auf sich oder seine Anliegen hinzu-

folgen.

weisen.

Gesamtheitlich entsteht der Eindruck, dass die Stadt die öffentliche Verantwortung immer mehr an Private abgibt. Ist die öffentliche Hand überhaupt noch Garant für eine offene, jedem frei zugängliche Stadt? „Verwandelt sich der noch ›öffentlich‹ genannte Raum hinterrücks in einen Raum“²⁵ zu Gunsten der Renditemechanismen großer, meist anonymer Investoren? Investoren werden gerne zu Feindbildern in der Stadtentwicklung hochstilisiert und mit Spekulanten gleichgesetzt. Die Schattenseiten der Privatisierung sind natürlich vielerorts sichtbar und es gibt zahlreiche Gesellschaften, die auf Kosten der Allgemeinheit zu ihrem Vorteil wirtschaften. Dennoch benötigt eine wachsende Stadt Investoren, um überhaupt öffentliche Strukturen bereitstellen zu können. Vielmehr geht es um einen selbstbewussten Umgang der Stadt mit Investoren, die Abwägung aller Interessen, die städtebauliche Ver-

träglichkeit und passende Steuer- und Anreizinstrumente. Entscheidend ist die Frage, wer bei gemeinsamer Fahrt am Steuer sitzt.

Folgen

Was sind die Folgen und Auswirkungen von zunehmender Privatisierung? Wie verändert sich die Stadt/der Freiraum als physischer Ort und die Stadt als Abbild der Gesellschaft?

Die Konsequenzen des städtebaulichen Konzeptes der Privatisierung sind weitreichend. Ein Folgeproblem sind die anfallenden Kosten und Mehrschulden zu Lasten der Steuerzahlerinnen. Wie im vorigen Kapitel skizziert sind öffentlich-private Modelle nicht wie von der Stadtpolitik propagiert günstige Möglichkeiten für Stadtsanierung und Erneuerung, sondern ein Mehrfaktor an Kosten. Die überbeuerten Leistungen und ihre Risiken tragen die Staatsbürger selbst, ohne aber dabei mitbestimmen zu können. Der Ausschluss der zivilen Öffentlichkeit



Raining CMYK, Skurtur Design Collective, Oslo

durch Intransparenz der Prozesse rüttelt an den Grundpfeilern der Demokratie.

Durch den Verkauf öffentlichen Eigentums kommt es zum Verlust von Freiflächen in der zunehmend dichter werdenden Stadt. Das führt zu einer Verknappung der innerstädtischen Ressource Freiraum. Zeitgleich entstehen durch BID neue „öffentliche Räume“ - neue Ortstypen, die ausnahmslos der Kapitallogik unterstehen. Ständige Verhaltenskontrollen, Aufenthaltsverbote, Gebote und Überwachung beeinträchtigen dauerhaft das Verhalten und die Bewegungen im öffentlichen Raum. „Alles ist a priori geplant und wird gelenkt.“²⁶ Demonstrationen werden als geschäftsschädigende Ereignisse, die öffentliche Kunst der Straße als Störfaktor erachtet. Ist die standardisierte Stadt die Folge?

Die wichtigste Bedeutung des „öffentlichen Raumes“ liegt in der gesellschaftlichen, sozialen Dimension. Die Präsenz al-

ler sozialen Gruppen in der Öffentlichkeit und ihre Mitwirkungsmöglichkeit sind die Grundlage einer demokratischen und sozialen Gesellschaftsordnung. Der Ausschluss von bestimmten Gruppen durch Zugangsbeschränkungen, rigoros reguliert von privaten Gesellschaften sind das gravierendste Folgeproblem von Privatisierung öffentlicher Räume. Wenn soziale Heterogenität, Unterschiedlichkeiten und Pluralität nicht erwünscht sind, wird die Stadt um ihr Hauptmerkmal - und zwar bunt gemischt zu sein - beschnitten. Der soziale Zusammenhalt des öffentlichen Raumes geht verloren. Streit und das Aufeinanderprallen verschiedener Meinungen gehören im öffentlichen Raum dazu und sind wichtig für das allgemeine politische Leben. „Die Konfrontation mit Personen aus anderen Kreisen, mit anderen Überzeugungen und Hintergründen lässt uns einerseits die eigenen Positionen reflektieren und zum anderen die der anderen kennenlernen.“

fazit.

Dadurch nähern sich die verschiedenen gesellschaftlichen Positionen tendenziell eher an und eine Gesellschaft kann gemeinsame Grundpositionen entwickeln.²⁷ Die Stadt zieht sich aus den ökonomischen und gesellschaftlichen Bereichen zurück. Sie verliert zunehmend die Kontrolle und gibt die gesellschaftliche Verantwortung leichtfertig an private Bauträger und Investoren ab. Da werfen sich automatisch die Fragen auf: Wie demokratisch ist unser System? Welche Zukunft hat dieses System? Wie zufällig sind die Begegnung der gesellschaftlichen Gruppen noch?

Angesichts dieser Prozesse ist es nicht verwunderlich, dass sich in vielen Städten ziviler Widerstand organisiert. In den vergangenen Jahren ist die Bevölkerung immer wieder auf die Straße gegangen, um ihre Rechte einzufordern. „Mit Märschen und Ortsbesetzungen engagieren sich die Bürgerinnen zunehmend für den städtischen Raum

als Ort, an dem Protest artikuliert werden und urbanes Leben stattfinden kann.“²⁸ Auf die Forderung nach Transparenz und Mitgestaltungsmöglichkeiten antwortete die Stadt Wien im Februar 2015 mit dem *Masterplan Partizipation*. Der neue Masterplan ist ein Regelwerk für partizipative Stadtentwicklung. Es wurden 5 Kriterien festgelegt, im Rahmen derer sich die Wiener Stadtentwicklung künftig zu BürgerInnenbeteiligungsverfahren verpflichtet. Doch wie so viele der Wiener Planungshilfen ist auch dieser Masterplan äußerst unklar formuliert und rechtlich unverbindlich. Sind partizipative Planungsansätze nur „ein Feigenblatt in längst beschlossenen Stadtentwicklungsprozessen?“²⁹

Fazit

Die Thematik öffentliche Räume im Allgemeinen und Privatisierung im Speziellen sind gezeichnet von Kontroversen und Wi-



Proteste, Taksim Platz, Istanbul

dersprüchlichkeiten. Das Dreiecksverhältnis kommunaler Planungsansätze, privat-investorischer Interessen und ziviler Wunschvorstellungen scheint unüberwindbare Hürde zeitgenössischer Stadtplanung. Es braucht neue Ansätze, ansonsten läuft die Stadt Gefahr ihre öffentlichen Räume zunehmend abzuwerten und ihre Bevölkerung zu entmündigen. Gesteht man finanzstarken Unternehmen Eigenverantwortung im Umgang mit öffentlichen Ressourcen in solchem Ausmaß zu, muss auch der Zivilbevölkerung Raum für Mitspracherecht und Gestaltungsmöglichkeiten eingeräumt werden. „Entscheidung für die Stadt sollten so getroffen werden, dass das Entstehende offen für die kollektive Intelligenz der städtischen Bürgerschaft bleibt.“³⁰

Das Wesen der Stadt ist etwas Gewachsenes, sie ist Raum gewordene Geschichte und Zukunftsentwurf zugleich. „Hier werden Stile und Trends geboren und immer wieder verabschiedet ins Sediment der Erin-

nerung.“³¹ Stadt muss man in seiner Dynamik und stetigen Veränderung lesen. Gute Stadtplanung ist deshalb dynamisch und versteht sich als ständiger Aushandlungsprozess. Versteht man die öffentlichen Räume als „Leitbild einer Stadtplanung, die sich Grundwerte von Demokratie und Menschenrechten verpflichtet fühlt.“³² sind Spontaneität, Kontroversen und Kreativität unumgänglich! Davon lebt eine Demokratie und davon lebt eine dynamische Gesellschaft.

wien.

Rund zwei Millionen Menschen werden im Jahr 2030 innerhalb der Wiener Stadtgrenzen leben. Der stetige Zuzug und das beständige Migrationsaufkommen sind Herausforderung für die Wiener Stadtplanerinnen, sie sorgen für steigende Anforderungen bei Wohnungen, Arbeitsplätzen, Infrastruktur und den öffentlichen Räumen. Besonders in den innerstädtischen Bezirken innerhalb des Gürtels stellt sich die Frage: „Wo und wie kann die dichte Stadt wachsen, ohne dass die Lebensqualität darunter leidet?“³³

In den letzten Jahrzehnten zeichnete sich in genau jenen Bezirken ein vermehrtes Interesse an der Mitbestimmung der öffentlichen Räume ab. Initiativen, Vereine, Bürgerbeteiligungen, „Stadtbewohner gehen wieder auf die Straße, fordern neue Qualitäten vor ihren Wohnungen ein und ertrotzen sich von Autos und Stadtentwicklern ganz neue Freiräume.“^x Hohe Bebauungsdichten, ein Fehlen von genügend oder qualitativem Freiraum

und Wiens Stadtentwicklungspraktiken zu führen zu bürgerlichem Widerstand. 36 Bürgerinitiativen, begleitet von der „Aktion21-pro bürgerbeteiligung“, im Bereich Planung und Verkehr seit Juli 2010 sprechen für sich. Das Bewusstsein für die baulichen Qualitäten, die dort liegen, wo keine Häuser stehen, ist also geschärft.

Bei der Diskussion um die öffentlichen Räume betont Wien gerne, dass ihr Grünflächen Anteil 45,6% beträgt. Wien ist eine „grüne Stadt“. Die Detailbetrachtung der Bezirke macht allerdings deutlich, dass die Rahmenbedingungen und Ausgangslagen nicht überall gleich sind. Die freiräumlichen Qualitäten sind unterschiedlich auf die Stadt verteilt. Während die Donaustadt 55,7 Prozent Grünanteil besitzt, kommt der innerstädtische Bezirk Die Josefstadt auf bescheidene 1,8 Prozent. Dass in den dicht gedrängten Gebieten Freiraum nur knapp vorhanden ist, wird seitens der Stadt mit dem Grund-



Wien, von oben

prinzip der kurzen Wege als etwas durchaus Positives dargestellt. Auf www.wien.gv.at in der Unterkategorie Stadtentwicklung öffentlicher Raum liest man, dass die Kompaktheit ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz ermöglicht und somit ein aktiver Beitrag zu Klimaschutz und nachhaltiger Stadtentwicklung ist. Mit dieser Argumentation werden die öffentlichen Räume zu Transiträumen und zu reinen Verbindungssträngen zwischen den Immobilien degradiert. Im dichtgedrängten Stadtgebiet steht dem Freiraum das Mobilitätsbedürfnis der BewohnerInnen entgegen. Wenn man bedenkt, dass die Charakteristik des Stadtraums selbst davon erzählt, wie wichtig die Stadt den öffentlichen Raum und seine unterschiedlichen Benutzer nimmt, sprechen die Masse der Autos und die Selbstverständlichkeit, dass man die öffentlichen Räume kostenlos bzw. sehr günstig verparken kann für sich. „Große Teile der Wiener Bausubstanz stam-

men aus Zeiten, in denen noch kein Autoverkehr existierte. Die Straßenquerschnitte waren auf die Erfordernisse der damaligen Verkehrsträger (Pferdekarren, Fußgänger) ausgerichtet. In der Gründerzeit, ab den 1840er Jahren, manifestierten sich immer dichtere Nutzungen (85% Bebauung möglich) und immer schmalere Straßenquerschnitte (15 bis 17 Meter mit 1,70 bis 2,30 Meter breiten Gehwegen).“³⁴ In Berlin vergleichsweise sind die Gehwege in der Regel vier bis acht Meter breit.

Ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde immer mehr Raum für den Autoverkehr beansprucht. Zeitgleich ging ein allmähliches Verschwinden von Aufenthaltsflächen und deren Entwertung durch Verkehrslärm und Luftverschmutzung einher. Teile der Stadt, wie etwa der Gürtel, der einst zum Flanieren diente, wurden durch die Bevorzugung der Autos äußerst unattraktiv. „Sozial Schwächere mussten mit den Gege-

wien.

benheiten leben, während vermögendere Bevölkerungsschichten in ruhigere Regionen umsiedelten. Eine der Folgen war die Entleerung der inneren Bezirke und die Entwicklung des „Speckgürtels“ um Wien.³⁵ Die planerische Konsequenz dieses Phänomens ist den Individualverkehr zu reduzieren und die Aufenthaltsqualität innerstädtischer Freiflächen wieder zu erhöhen. Diese Ziele wurden in ähnlicher Art und Weise am 19. Dezember 2014 vom Wiener Gemeinderat im Rahmen des Stadtentwicklungsplanes, kurz STEP 2025 im Fachkonzept Grün- und Freiraum niedergeschrieben. Hier wurden Standards der Grün- und Freiraumversorgung in Form von Mindestkennwerten festgelegt, die zu einer Qualitätssicherung in neuen Stadtentwicklungsgebieten beitragen sollen. Im Grunde ein gutes Instrument zur Regulierung des Verhältnisses bebauter und nicht bebauter Fläche.

Doch wie schon der Vorgänger STEP05 zeigt,

ist er wenig konkret, wenig dynamisch und besitzt keine Verbindlichkeit. Er gibt lediglich die Richtung der Grün- und Freiraumplanung vor. Viele urbanistische Projekte wurden ohne seine Berücksichtigung verwirklicht. Das ist nur ein Detail der Wiener Stadtplanung, das seinen Beitrag zu grundlegenden urbanistischen Defiziten leistet. Wer und was ist also verantwortlich für Gegenläufigkeiten und Widersprüchlichkeiten?

Wer und wie plant Wien?

Die komplexe Materie der Stadtplanung ist auf mehrere Geschäftsgruppen aufgeteilt und wird bei Weitem nicht nur vom Ressort für Stadtentwicklung und Verkehr bestimmt. 2010 gab die SPÖ bereitwillig das Ressort für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung an Planungsstadträtin Maria Vassilakou im Vorsitz ab. Zum einen verfügt diese Geschäftsgruppe über vergleichsweise wenig

wer plant?

Budget, also auch über weniger Macht, zum anderen besteht im Rathaus „eine Parallelstruktur in Form der ressortübergreifend agierenden Stadtbaudirektion, die der Mehrheitsfraktion ohnehin direkten Einfluss auf ihre wesentlichen Stadtentwicklungsfragen sichert.“³⁶ Diesem Magistrat unterstehen 20 Dienststellen, unter anderem die Geschäftsstelle für Infrastruktur, die Projektleitung Hauptbahnhof Wien und die Projektleitung Seestadt Aspern. Die Stadtbaudirektorin ist allein dem Bürgermeister gegenüber verpflichtet, wodurch der Planungsstadträtin die direkte Handhabung bei jenen wesentlichen Stadtentwicklungsfragen entzogen wird. Überdies fällt die Flächenwidmungs- und Bebauungsplanung in die Zuständigkeit des Wohnbaustadtrates. Ebenso trägt er die Verantwortung für die Wohnbauförderung, die oftmals die Bebauungsdichte in Stadterweiterungsgebieten vorgibt, und die stadteigene Gesellschaft Wohnfond Wien, die über

Grundstücksankäufe und Bauträgerwettbewerbe eigenmächtig städtebauliche Weichen stellen kann.

Ein weiteres wichtiges Instrument der Stadtentwicklung sind die Wiener Linien, die aber interessanterweise nicht in das Ressort Stadtentwicklung und Verkehr fallen, sondern in das Ressort Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke. Und schließlich obliegen die Grünflächen der Stadt der Umweltstadträtin, wodurch auch hier unabhängig von den Präferenzen des Planungsressorts entschieden werden kann.

Überdies sind der Stadtentwicklungsplan STEP2025 und die Leitlinien zu „Smart City Wien“ als Planungsinstrumente unverbindlich. Es gibt keinerlei Haftung für die zwingende Umsetzung der gesamtgesellschaftlichen Ziele. Es scheint sich mehr um rein planungspolitische PR zu handeln als um ernstgemeinte Steuerungsinstrumente. Selbst Überprüfungen durch den Rechnungs-

wer plant?

hof und die Kontrollämter ziehen für die Verantwortlichen keine rechtlichen Folgen nach sich. Das nährt den Boden von Fehlentwicklungen und städtebaulichem Wildwuchs. Darüber hinaus fehlt ein übergeordnetes Raumordnungsgesetz wie in den anderen 8 Bundesländern. Gleichzeitig sind die Prozesse der Stadtplanung äußerst intransparent, Bürger und Medien erhalten viel zu spät Einblick. Bürgerbeteiligung wird von einigen Politikern als lästige Pflicht und Konkurrenz empfunden. Die Kultur des offenen Miteinanders ist noch entwicklungsfähig.

Wiens Stadtpolitik ist ein sehr komplexes, undurchsichtiges Konstrukt. Uneinigkeit und Kontroversen innerhalb der Stadtregierung sind vorprogrammiert. Eine wachsende Stadt, die Investoren einbindet, braucht ein verbindliches Planungsinstrumentarium, das gut im Rechtssystem verankert ist. Es braucht neue Ansätze, ansonsten läuft Wien Gefahr ihre öffentlichen Räume

zunehmend abzuwerten.

Abschließend sei noch einmal unterstrichen, dass Investoren per se nicht die Feindbilder der Stadtentwicklung sind, Modelle der Privatisierung nicht von vornherein abzulehnen sind und die Stadtbevölkerung nicht als der „gute Gegenpol“ verstanden wird. Dass einer wachsenden Stadt bei stadtplanerischen Prozessen Fehler und Irrtümer unterlaufen liegt in der Natur der Sache. In dieser Arbeit geht es vielmehr um eine kritische Auseinandersetzung mit der vielschichtigen Thematik als Basis für einen konzeptionellen Entwurf, der einen neuen Lösungsansatz vorschlägt.



Wien, Reumannplatz

„Zwei Dinge bedrohen
beständig die Welt,
die Ordnung und
die Unordnung.“

Paul Valery

„Die Liebe gilt der Stadt
als größtmöglicher
Gleichzeitigkeit menschlicher
Möglichkeiten.“

Hugo Loetscher

Das auf den folgenden Seiten vorgestellte Konzept ist eine urbane Strategie mit städtebaulichem Ansatz zur Aufwertung innerstädtischen Freiraums in Wien. Das Projekt versteht sich als Gegengewicht zur umgreifenden Verknappung und Abwertung öffentlicher Räume durch Prozesse der Privatisierung. Der Entwurf sucht nach Antworten der Regulierung, Verteilung und Transparenz, nach einer Alternative zur konventionellen (Re-)Produktion öffentlicher Orte.

Durch Einführung eines monetären Abgabensystems, das sich positiv auf die öffentlichen Flächen auswirkt, wird versucht eine Balance zwischen Privatinteressen und Gemeinwohl herzustellen. Bei Privatisierung von öffentlichen Flächen, müssen entsprechende Ausgleichszahlungen entrichtet werden. Das Ausgleich-System ist für die Stadt ein zusätzliches Finanzierungsmodell zu den Eigenmitteln, die für die Entwicklung städtischer Freiflächen vorgesehen sind. Die Ausgleichszahlungen, Koordination und Bedarfserhebung neuer öffentlicher Räume erfolgt über ein unabhängiges Fachgremium. Nach

Untersuchung der Bedürfnisse und freiräumlichen Defizite bestimmter Gebiete schreibt das Gremium regelmäßig Wettbewerbe aus und verwendet die Ausgleichszahlungen gebündelt für die Umsetzung der Projekte. Es operiert an der Schnittstelle zwischen Stadt, Eigentümern, Bevölkerung und Planenden.

Um räumliche Potentiale wie Innenhöfe, Baulücken, Erdgeschoß-Zonen, Leerstände und Flachdächer in privater Hand für die Allgemeinheit zu öffnen, wird ein Anreizsystem für Eigentümer eingeführt. Bei Beteiligung profitieren sie langfristig von Förderungen. So entsteht ein System des Teilens: Ungenutzte Ressourcen werden (re)aktiviert und in neue Stadtpotenziale verwandelt. Innovative Ansätze an der Schnittstelle Öffentlich-Privat können nun mithilfe eines unabhängigen Ausschuss umgesetzt werden.



Wer ergreift die Initiative, wer bestimmt? Wer entscheidet? Wer investiert? Wer darf über den Raum entscheiden? Wem gehört die Stadt? Die Hauptakteure und ihre Ziele.

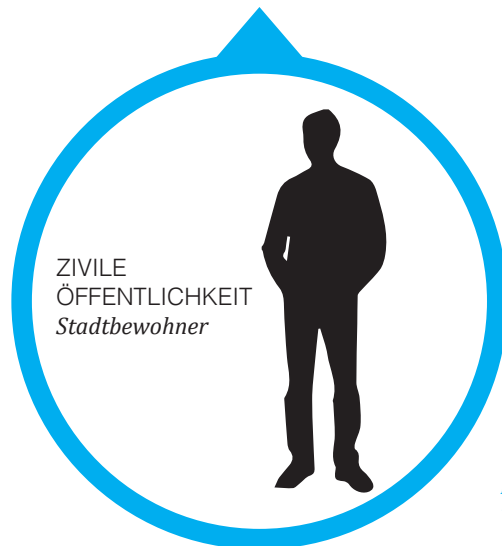
multidimensional



Wachstum gewährleisten
Erfolg im internationalen
Städte Wettbewerb



Gewinne
Rendite



Partizipation
Transparenz



In Wien fehlt zur Gänze eine regulierende Instanz. Sämtliche Richtlinien wie der „Masterplan Partizipation“ oder der „STEP2025“ sind rechtlich nicht verbindlich. Böse Zungen sprechen von der Stadt mit beschränkter Haftung.

Einführung folgender Regulierungen



übergeordnete politische Instanz
Raumordnungsgesetz

STEP rechtlich verpflichtend



Abgabensystem
Anreizsystem



Transparenz
Beteiligungsverfahren

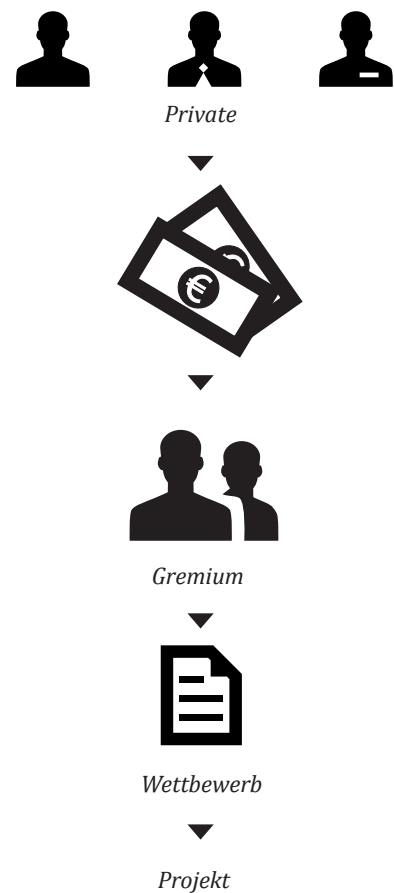
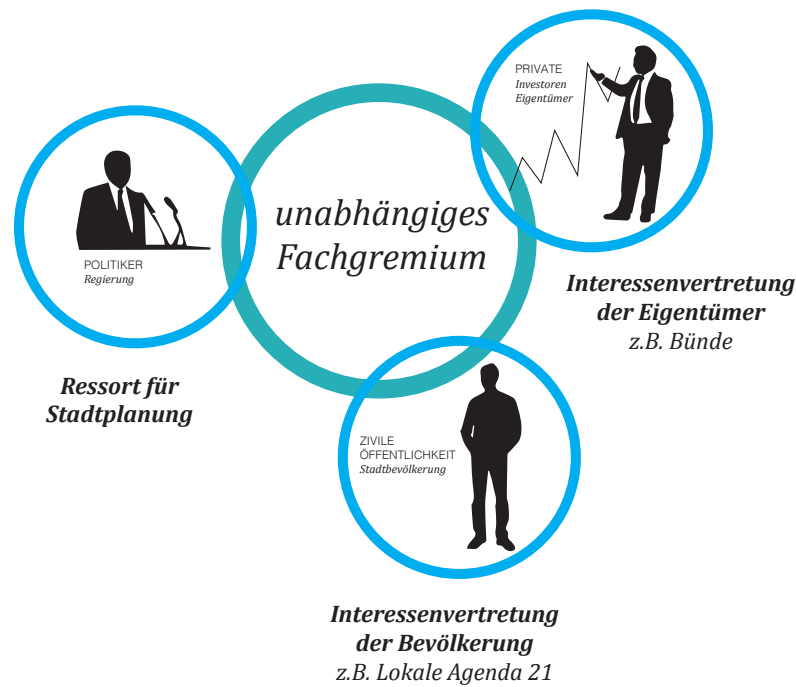


Einführung eines Ausgleich-Modells. Bei Privatisierung von öffentlichen Flächen, müssen entsprechende Ausgleichszahlungen entrichtet werden, welche für die Entwicklung städtischer Freiflächen genutzt werden. *Private Investitionen müssen sich auf die öffentlichen Strukturen positiv auswirken.*



EINFÜHRUNG EINES FACHGREMIUMS

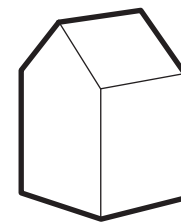
- ▶ Der unabhängige Ausschuss erhebt und verwaltet die **Ausgleichszahlungen**. Sie fließen gesammelt in einen Topf und werden für die Umsetzung neuer Projekte im öffentlichen Raum verwendet.
- ▶ Das Gremium erhebt aufgrund der Freiraumstandards (geregelt im STEP2025) den Bedarf öffentlicher Räume, schreibt regelmäßig Wettbewerbe aus und koordiniert die Umsetzung.
- ▶ Der Ausschus arbeitet an der Schnittstelle zwischen Stadt, Eigentümer und Zivilbevölkerung.



Welche Abgaben werden von den Privaten erhoben? Die Gebühren sind unterteilt in Kategorien und in Abhängigkeit von Art und Dauer der Privatisierung. *Wie ist das im Detail reguliert?*

KATEGORIEN

DAUERHAFT VERBAUTE ÖFFENTLICHE RÄUME
 (DURCH UMWIDMUNG UND VERKAUF)



bei Neu-/ Zu-/ Umbau

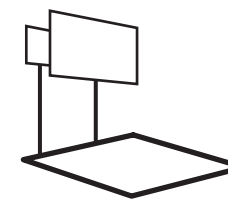
- ▶ **Allgemeinplatzverpflichtung statt Stellplatzverpflichtung**
 vgl. Wiener Garagengesetz (v.a. §48-62)

- ▶ Je 100 m² Nutzfläche ist eine bedarfsorientierte Allgemeinfläche zu errichten (je nach Bezirk und Lage)

- ▶ oder Entrichtung einer **Ausgleichsabgabe** (= Beteiligungsgebühr an öffentlichen Flächen im Bezirk)

TEMPORÄR GENUTZTE ÖFFENTLICHE RÄUME

SONDERNUTZUNGSRECHTE VON EINZELHANDEL
 auf Gehsteigen und Fußgängerzone
 KOMMERZIELLE VERANSTALTUNGEN
 WERBEFLÄCHEN



bei Gehsteig-Kommerz

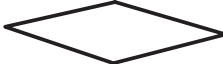



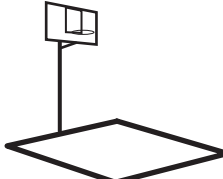
- ▶ **Entrichtung einer Ausgleichsabgabe in Abhängigkeit von Dauer, Lage und Größe**



Freiraumstandards: Analyse der Ist-Situation eines bestimmten Bereiches anhand der Kennwerte des STEP2025. Bei Unterschreitung der Mindestvorgabe ist Handlungsbedarf. *Das Fachgremium schreibt einen Wettbewerb aus.*



Anreiz: Um Ressourcen im Privatbesitz öffentlich zugänglich zu machen, bindet man Eigentümer über ein Anreizsystem ein. **Vorteile:** *Das neue Ausgleichsmodell bringt allen Beteiligten Vorteile.*

	STANDARDS DER FREIRAUMVERSORGUNG <i>vgl. dazu STEP2025</i>	EINZUGSBEREICH
	FREIFLÄCHEN > 5 m ² /EW	6.000 m
	FREIFLÄCHEN > 4 m ² /EW	500 m
	GRÜNFLÄCHEN / Arbeitsplatz > 2 m ²	250 m
	GRÜNANTEIL > 3%	1500 m
	SPORT- UND FREIZEITLÄCHEN > 3,5 m ² /EW	6.000 m

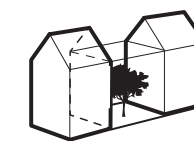


EINFÜHRUNG EINES ANREIZSYSTEMS

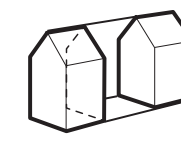
► Das **Anreizsystem** (Private profitieren von Förderungen bei einer Beteiligung) ermöglicht die Umsetzung innovativer Projekte für den öffentlichen Raum.

Für neuartige Ansätze bieten sich Baulücken, Erdgeschoßzonen, Strassenzüge, Innenhöfe, Flachdächer an. Je baulicher Situation gibt es unterschiedliche Anreizmodule.

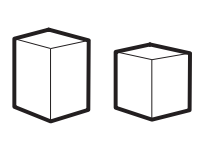
Innenhöfe



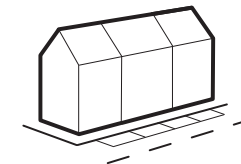
Baulücken



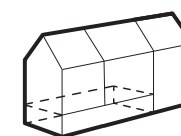
Flachdächer



Strassenraum



EG-Zone



► FÜR DIE STADT:
 F.D. POLITIK:

*vielfältige Quartier - Aufwertungen
 zusätzliches Finanzierungsmodell zu Eigenmitteln
 positives Image lockt potentielle Investoren an*

F.D. EIGENTÜMER:

Aufwertung der Immobilien

F.D. BEWOHNER:

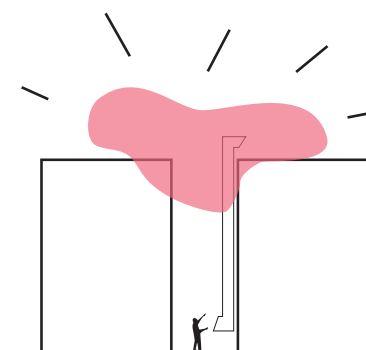
*Möglichkeit der Mitsprache
 erweiterter öffentlicher Raum*



= Gewinn-Gewinn-Situation

„Je planmäßiger
die Menschen vorgehen,
desto wirksamer
trifft sie der Zufall.“

Friedrich Dürrenmatt



Im folgenden Kapitel wird die Josefstadt, der Bezirk mit dem geringsten Anteil an Frei- und Grünflächen - kurz vorgestellt. Beispielhaft wird dort ein mögliches Projekt skizziert, das nach den vorgestellten Kriterien mit Hilfe des Fachgremiums realisiert werden könnte. Das Projekt konzentriert sich dabei auf ungenutzte Ressourcen über den Dächern der Stadt in privater und öffentlicher Hand. Ziel ist die Schaffung neuer qualitativer Freiraumangebote im dicht bebauten innerstädtischen Gebiet und durch Irritation einen neuen Blick auf Stadträume zu erwirken. Der Moment der Überraschung spielt hierbei eine große Rolle.

An strategisch günstigen Orten werden künstlerische Interventionen im Stadtbild positioniert. Es handelt sich um performative Architekturen, die sich zwischen die Häuser zwängen. Einerseits sind es temporäre Installationen, die bis in den Straßenraum reichen und den Bezug zwischen oben und unten herstellen und andererseits sind es Hochplätze über der Stadt neben den luxuriösen Dachterrassen manch betuchter Stadtbewohner.

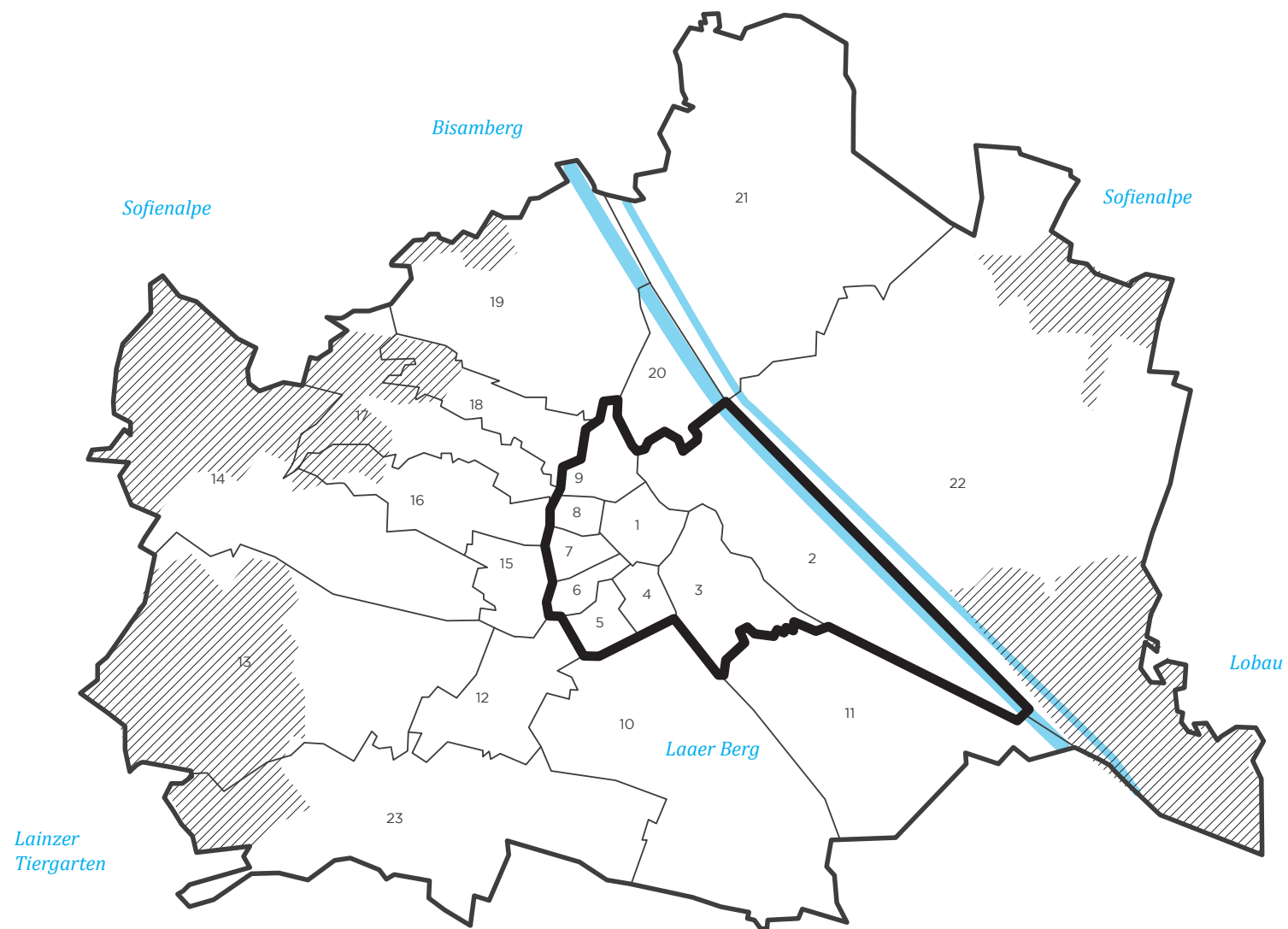
Die Raumvisionen verstehen sich als Gegenmittel zu den ressourcenverschlingenden Mammutprojekten. Sie sind flexibel, einfach aufzubauen und schnell wieder demon-

tierbar. Ihre Programmierung ist so offen wie möglich gehalten, um Raum für Möglichkeiten und Bespielung zu lassen. Konventionellen öffentlichen Räumen aus Beton setzen sie eine weiche, spielerische, ereignishafte Idee von Raum entgegen. Die Räume verstehen sich als Bricolage, die durch die Interaktion der Bewohner Gestalt annimmt. Die räumlichen Qualitäten zeigen sich erst durch Benutzung der Bevölkerung.

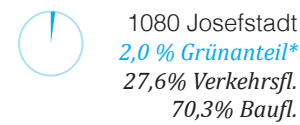
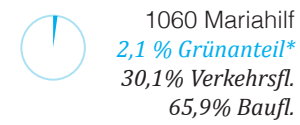
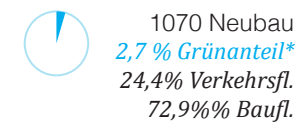
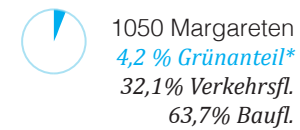
Lage, Größe und Verweildauer der neuen Orte stehen in direktem Bezug zu den Eigentümern der Dächer und deren Teilnahme am System des Teilens. Wer seine freiräumlichen Ressourcen für die Allgemeinheit öffnet und teilt, wird über das Anreizsystem mit Förderungen belohnt. Durch die Bereitschaft zu teilen und die Zusammenarbeit entstehen unkonventionelle, vertikale öffentliche Räume mitten in der dichten Stadt.



Wien ist eine „Grüne Stadt“. Ihr Grünanteil liegt bei 45,6%. Diese freiräumlichen Qualitäten sind ungleichmäßig auf die Stadt verteilt. **Innerstädtische Bezirke sind stark benachteiligt.**



6¹ |
BENACHTEILIGTE
QUARTIERE



Grünanteil*
beinhaltet Landwirtschaft, Parks,
Wälder, Wiesen, Kleingärten und Freizeit-
Flächen

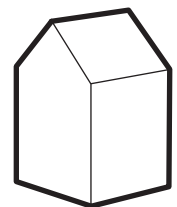


Bestandsanalyse des Beispiel-Bezirk Josefstadt: Die Josefstadt ist flächenmäßig der kleinste Bezirk Wiens. Dennoch gehört er zu den am dichtesten bebauten Bezirken. **Nur 2 % der Bezirksfläche entfallen auf Grün- und Freiflächen.**

GESAMTFLÄCHE
1,08 km²

BEBAUUNG
70,34% Baufl.
27,6% Verkehrsfl.
2,06 % Freifl.

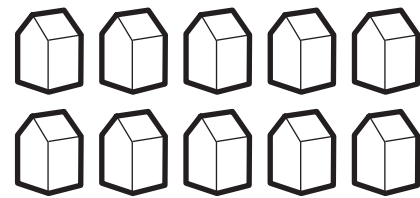
STRUKTUR
hauptsächlich
Gründerzeit
häuser



1.285 Gebäude
insgesamt



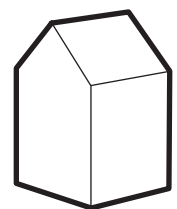
18 Gemeindebauten



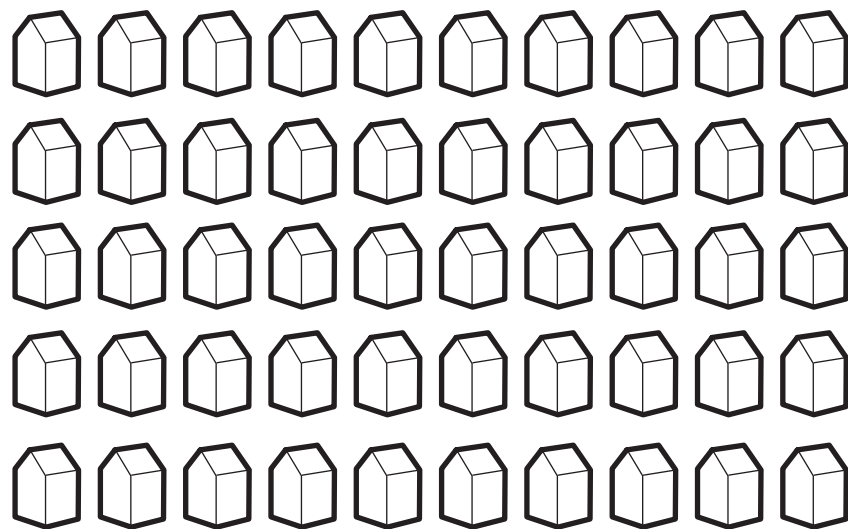
185 öffentliche, kulturelle und
religiöse Gebäude



15 % der
Bebauung in
öffentlichen
Hand



84 % der
Bebauung in
Privatbesitz



1.082 im Privateigentum

**84 % des „klassischen
Gründerzeitviertels“
sind im Privatbesitz.**
Die großzügigen
Freiflächen in den
Innenhöfen sind
nur einem kleinen
Teil der Bevölkerung
zugänglich. Umso
wichtiger ist dort
die Bedeutung des
öffentlichen Raums.

Stadtressourcen im öffentlichen Bestand: Amtsgebäude, Schuldächer, Kirchen und Wohnbauten - mögliche neue Dachlandschaften? Innenhöfe, Baulücken, Leerstand - mögliche Zugänge?

ÖFFENTLICHE
BAUTEN

- BVA
Versicherungsanstalt
- Amtsgebäude
- Schulen
- Kirchen
- Polizei



DACHFLÄCHEN
54,5 ha
Dachflächen



5,2 ha bereits intensiv
oder extensiv begrünt



3,8 ha für Begrünung geeignet
(Dachschrägen bis zu 20 Grad möglich)



XY Flachdächer nicht erfasst

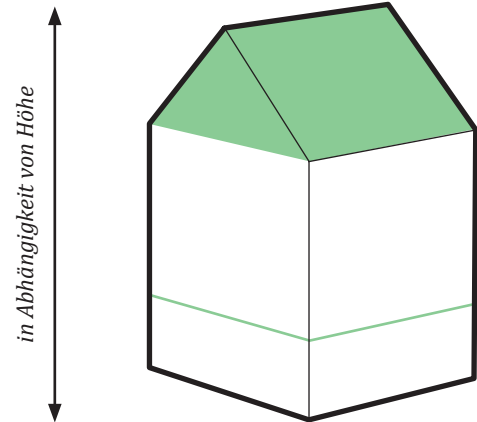
Studie zu
Dachausbauten

Gründachpotential-
kataster



Die Miet- und Verkaufspreise sind überdurchschnittlich hoch. Dachgeschossausbauten treiben die Preise zusätzlich an. Im Bezirk herrscht ein hohes Einkommensniveau. *Wer kann sich was leisten?*

MIETEN
Wer leistet sich was?



in Abhängigkeit von Höhe

EIGENTUMSWOHNUNG
ERSTBEZUG

Ø Verkaufspreise
€ 5.600/m²

DACHAUSBAU

Ø Nettomiete
€ 17,27/m²

ERDGESCHOSS

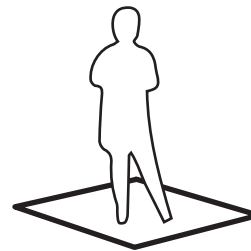
Ø Nettomiete
€ 5,39/m²

DURCHSCHNITTL.
NETTOMIETEN

Ø Nettomiete
Neubau
€ 17,27/m²

Ø Nettomiete
Altbau
€ 13,75/m²

Ø Nettomiete
Gemeindebau
€ 5,39/m²

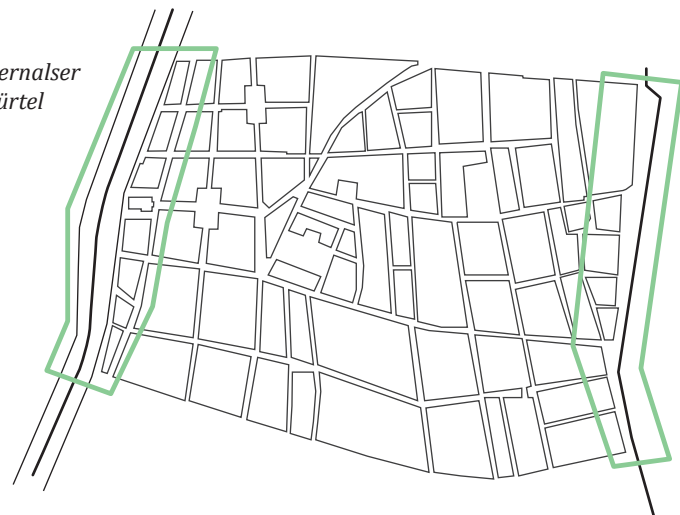


Eine Bewohnerin beansprucht im Durchschnitt großzügige 40,0 bis 55,2 m² Wohnfläche.

in Abhängigkeit von Lage

Hernalser
Gürtel

Nettomiete
Whg
€ 5,39/m²



Nettomiete
Whg
€ 13,70/m²

Bezirksgrenze
zum 1. Bezirk

Bevölkerung: Insgesamt waren in der Josefstadt Ende 2014 24.463 Personen hauptgemeldet. Der Anteil von Kindern und Jugendlichen liegt unter dem wienweiten Durchschnitt. * Wohnungsmarktbericht.at 2015

BEVÖLKERUNG
24.463 EW
BD 21.954,6



Viele Schulen.
Auf Grund der vielen angesiedelten Schulen halten sich zahlreiche Kinder und Jugendliche aus anderen Bezirken hier auf. Genügend Freiräume für Jugendliche fehlen aber weitgehend.

2001: 11,4 % unter 15 Jahre
2015: 10,3 % unter 15 Jahre
vgl. Durchschnittswert in anderen Bezirken
2015: mit 14,7 % deutlich höher

25,1 % ausländische Bewohner
(= 6140 EW)



Ø Alter: 40,3 Jahre
Ø Nettojahreseinkommen: 23.247 €
vgl. Wien: Ø Nettojahreseinkommen: 20.956 €



Bildungsniveau:
23,2% abgeschlossene Universität, FH

PROGNOSEN
der
Veränderung

▶ Neugebaute, renovierte Wohnungen sind im mittleren bis höherem Preissegment. **Vermehrte Luxussanierungen** - hier fallen Dachausbauten besonders auf - machen es aktuell für die Mittelschicht sehr schwierig. Familien ziehen vermehrt weg.

▶ Wohlhabende kommen, Einkommensschwache gehen. Die Durchmischung der Gesellschaft und Generationen lässt nach. Ein schleichender Austausch im Viertel findet statt.

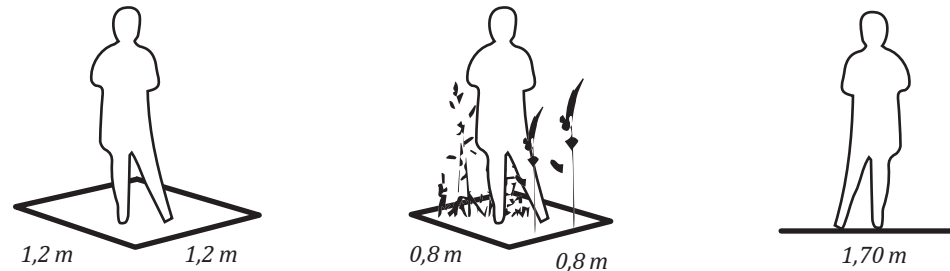


Der Grünflächenanteil der Josefstadt liegt bei 1,94% der Gesamtläche. Dieser Wert liegt weit unter dem Mindeststandard. Die wenigen Grünflächen können nicht unbedingt mit Qualität überzeugen. *Grund zur näheren Betrachtung.*



Asphaltwüest? Die Josefstadt gehört zum 4. grünärmsten Bezirk. Grünzuwachs im Vergleich mit der Abnahme, überwiegt die Grünabnahme. *Mehr als 2,4 ha Grünfläche gingen in den letzten 5 Jahren durch Bebauung verloren.*

FREIRAUM
2,06 % Freifl.anteil*
davon:
0,12% Freizeitfl.
1,94% Grünfl.



1,5m² Freifläche/EW
(Park, Spiel- und Freiräume)

0,78 m² Grünraum/EW
(Grünräume)

Ø Gehsteigbreite
(Mindestbreite)

* landwi. Nutzung, Parkanlagen, Wälder, Wiesen, Sport und Freizeitflächen;



1812 Stk.

Baumkronen - Schädigungsgrad: jede 5. Krone weist schwerwiegende Schäden auf (Kronenzustand 4)

137 Bäume: Kronenzustand 3

52 Bäume: Kronenzustand 4

Netto-Grünflächenanteil im Wandel:** 60% davon im Privatbesitz

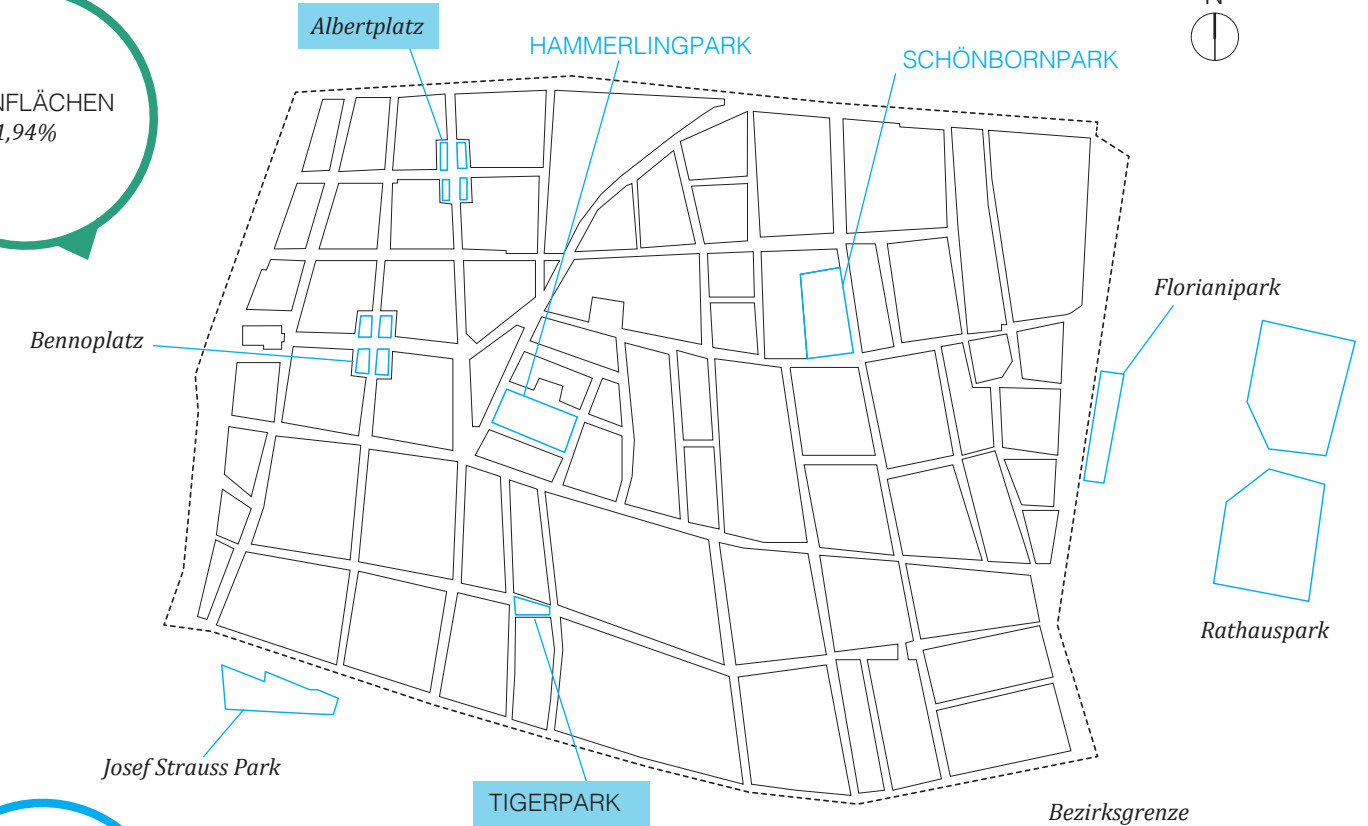
2000	2002	2005	2014
15,6 %	14,0 %	13,4 %	12 %

** begrünte Höfe, Vegetation auf Verkehrsflächen, Parkanlagen

Gestaltung:

- die sehr kleine Fläche ist unterteilt in vier Zonen
- pro Zone - eine Nutzung
- umrahmt von Zäunen, Mauern

GRÜNFLÄCHEN
1,94%



TIGERPARK
1.600 m²

ALBERTPLATZ
800 m²

MIKROOASE. 1995
ARCH. Auboek Kárász

Verkehr: ruhige Lage
Zugänglichkeit: 7:00 - 21:00 Uhr



MIKROOASE. 2010
ARCH. Stadt Wien, Bürgerbeteiligung

Verkehr: sehr hohes Aufkommen
Zugänglichkeit: 0:00 - 24:00 Uhr

- Gestaltung:**
- zerteilte Flächen
 - klare Zonierung der Nutzungen





Ziele der städtebaulichen Vision: - Schaffung qualitativer Freiraumangebote im dicht-bebauten innerstädtischen Gebiet. - Die Dachlandschaft als vorhandene Stadtressource, als Möglichkeitsraum für die Allgemeinheit.

Ziele der städtebaulichen Vision: Sichtbar machen der Dichte, Aufmerksam machen auf das Potential und neue Qualitäten von Zwischenraum über den Häusern.

FREIRAUM
PROTHESEN

OBEN ÖFFENTLICH
„bellevue“

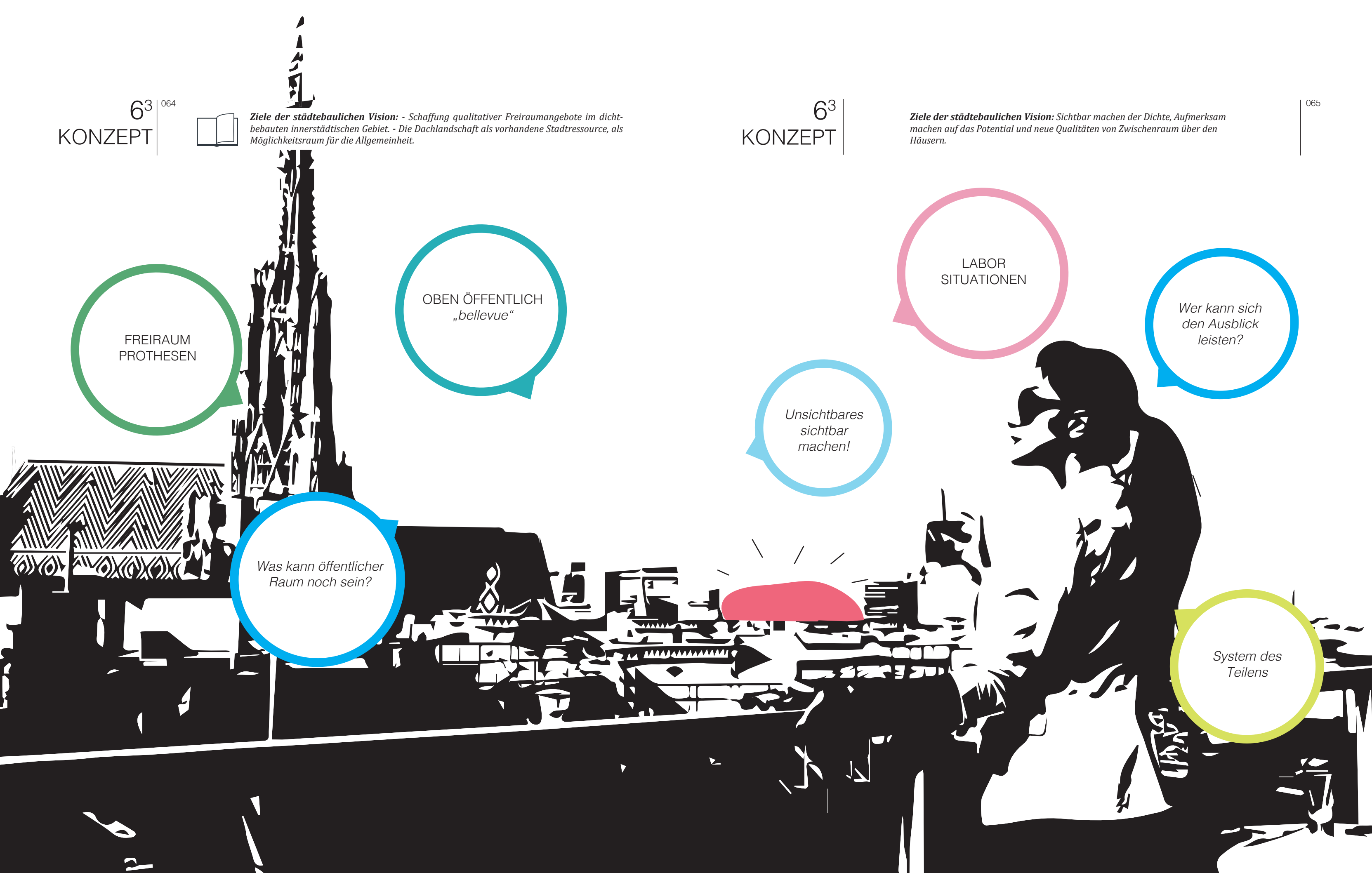
LABOR
SITUATIONEN

Wer kann sich
den Ausblick
leisten?

Unsichtbares
sichtbar
machen!

Was kann öffentlicher
Raum noch sein?

System des
Teilens



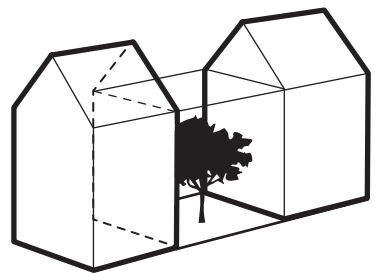


Urbane Ressourcen: Eine Stadt bietet viele Potentiale: Kreuzungen zu Stadtplätzen! Straßen zu Boulevards! Dachlandschaften zu Gärten! *Diese Arbeit legt einen Fokus auf den Raum über den Häusern.*

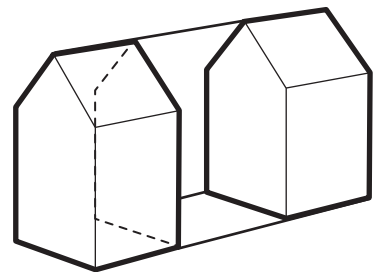


Qualitäten von Luft- und Zwischenraum über den Dächern: Wenn ebenerdige Freiflächen knapper werden, kann der Raum über den Dächern der Stadt als Resource genutzt werden.. Zusätzliche vertikale öffentliche Räume als *Möglichkeitenräume, Aussichtsplattformen und Gründächer.*

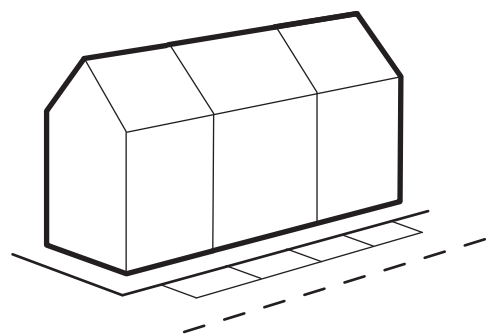
Innenhöfe



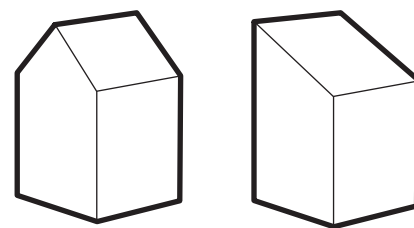
Baulücken



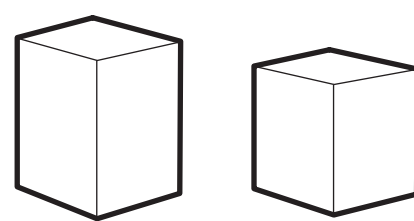
Strassenraum



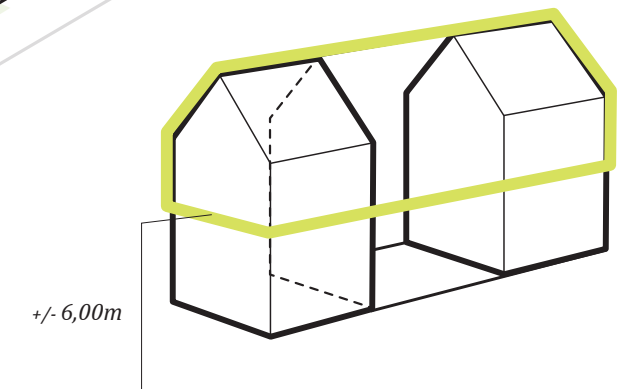
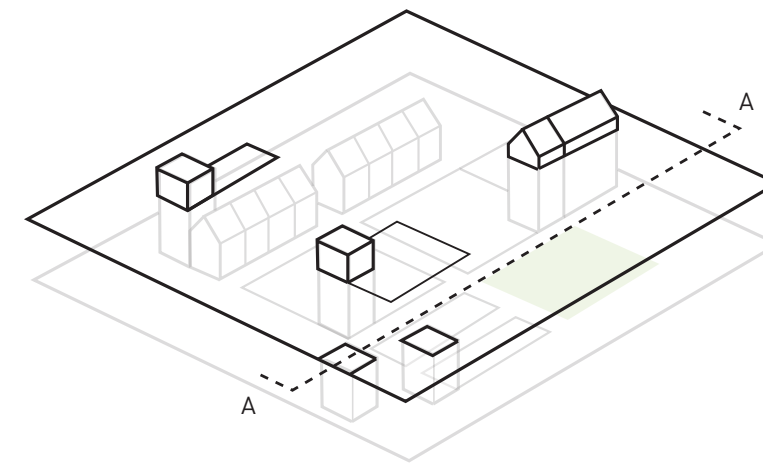
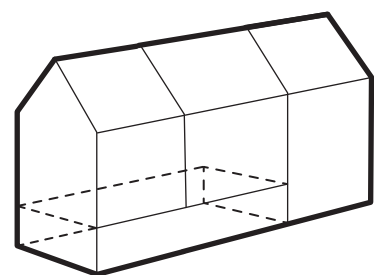
Steildächer



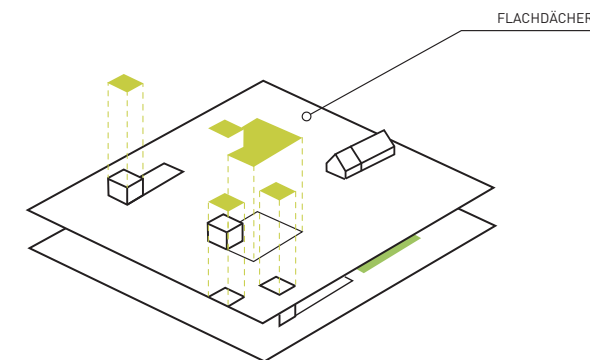
Flachdächer



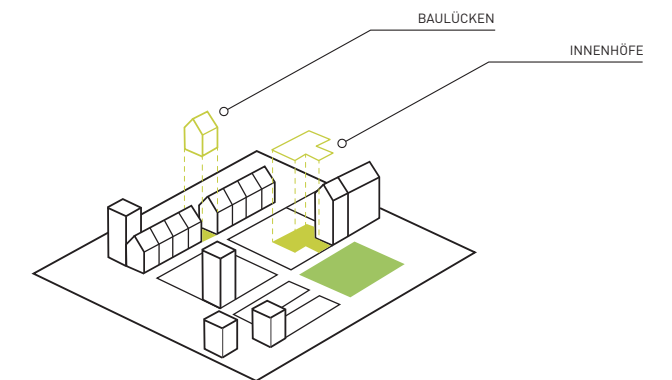
EG - Zone



Potentiale



mögliche Zugänge

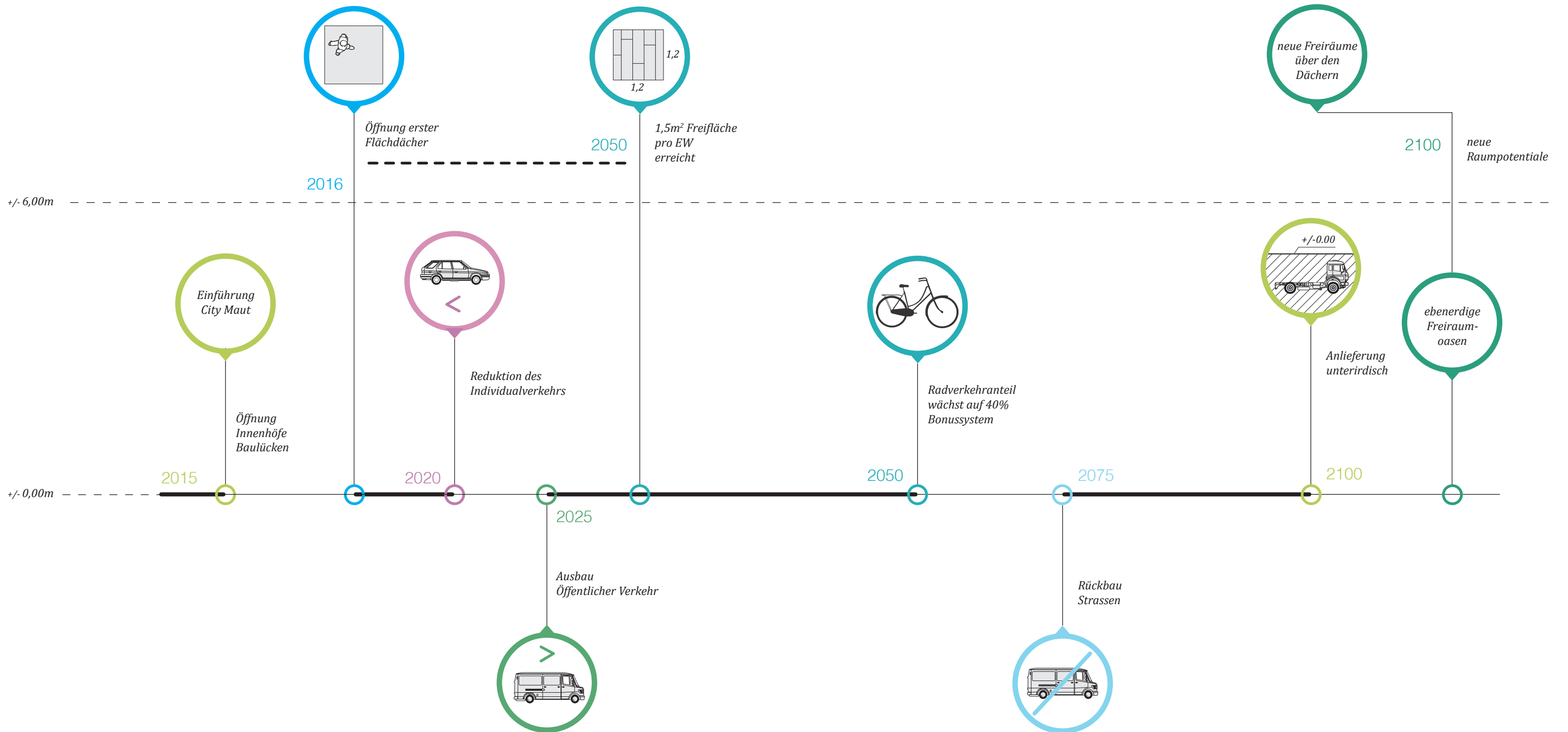




Die Reduktion des Individualverkehrs und der Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes spielt eine wesentliche Rolle in der Stadtentwicklung. Da diese Entwicklung jedoch nur sehr langfristig und dadurch langsam umgesetzt werden kann, konzentriert sich diese Arbeit auf den städtischen Luftraum.



Aufenthalt statt Transit! Das Projekt geht davon aus, dass die Politik den mobilisierter Verkehr in den kommenden Jahren reguliert. Die timeline zeigt wie das aussehen könnte. Weiter wird nicht auf das Thema eingegangen.





Qualitäten im Luftraum: Ein paar Meter in der Luft warten Leerräume auf neue Ideen und Bespielung. Sie bieten Weite, Ausblick und vieles mehr.

Wir bauen fast nur noch Gebäude mit Flachdächern - riesige Freiraumressourcen, die allerdings vor allem für technische Anlagen oder Penthäuser verwendet werden. Die Nutzung hätte viele positive Aspekte.



soziale Qualitäten

- Entlastung der Dichte
- Reduktion der Konflikte
- Durchbrechen der Exklusivität oberer Etagen

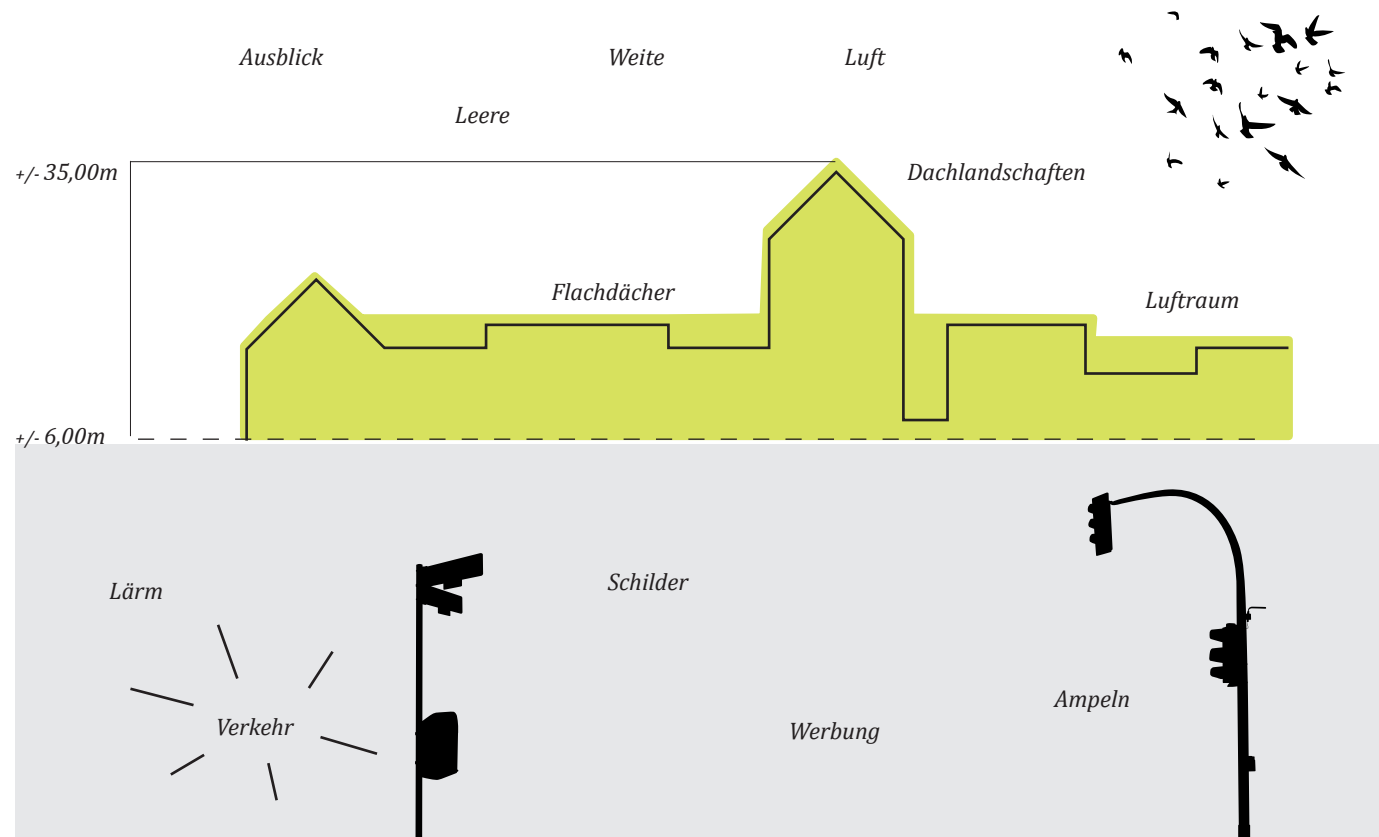
räumliche Qualitäten

- Entlastung des Strassenraumes
- zweite Stadtebene
- Perspektivenwechsel
- Aussicht, Weite



ökologische Qualitäten bei begrünten Flächen:

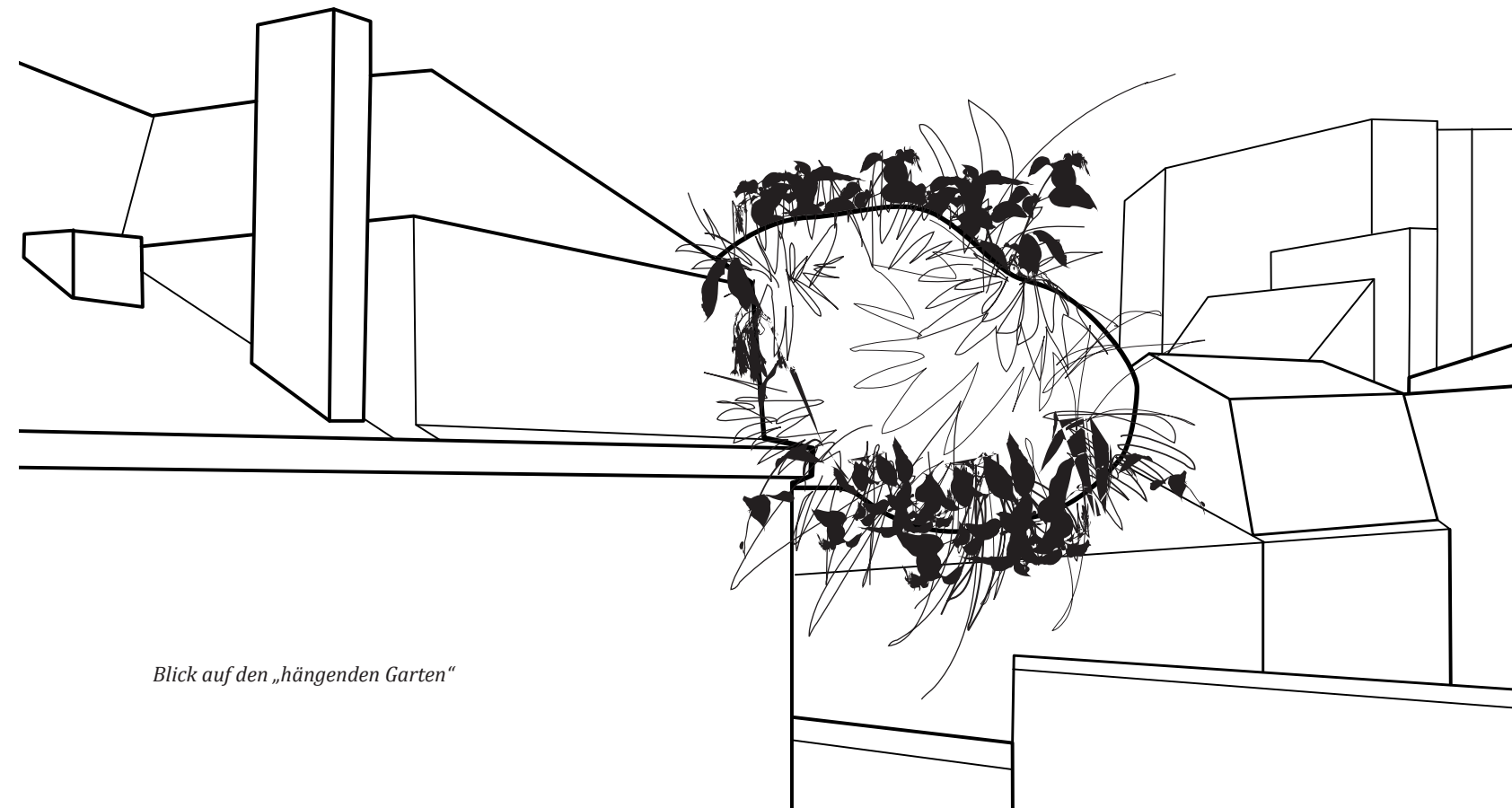
- Verbesserung der Stadtökologie und des Kleinklimas
- Luft- und Wasserreinigung
- Regenwasserspeicherung
- Gebäudeisolierung



Positionierung von künstlerischen Interventionen im Stadtbild: - durch Irritation einen neuen Blick auf Freiräume erwirken - neue Qualitäten von Zwischenraum über den Dächern aufzeigen.



- Moment der Überraschung
- Irritation durch Lage und Materialität abseits der Konvention
- flexible, einfach aufbau- und schnell demontierbare Strukturen
- spielerische, ereignishafte Idee von Raum
- spielerisch neue Sichtweisen erzeugen
- klassische Denkmuster hinterfragen
- Erzeugung starker Atmosphären



Blick auf den „hängenden Garten“

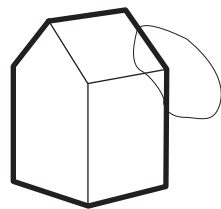


Der etwas andere Raum. Es erscheinen zwei Typen/ Formen im Stadtbild. Temporäre Installationen, die sich zwischen die Häuser zwängen, und langfristige Interventionen auf den Dächern der Stadt.

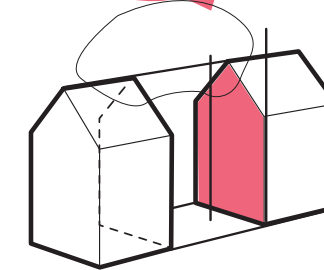
reduzierte Leuchtkörper
 (z.B.: statt überladener Weihnachtsbeleuchtung)



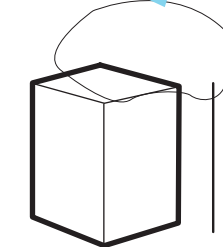
TEMPORÄRE
 Eingriffe



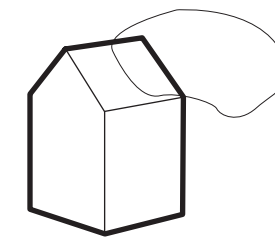
KONSTRUKTIV
 bei
 Gründerzeit
 häuser



KONSTRUKTIV
 bei
 neuem
 Bestand



LÄNGERFR.
 Eingriffe



Position: auf und über den Dächern
Funktion: begeh- und benutzbar
Dauer: Zeitraum in Abhängigkeit von Teilnahme der Eigentümer

Ziegelmauerwerke im Altbestand können **nur Vertikal-Lasten** aufnehmen. Lasten werden zusätzlich über Stützen entlang Feuermauern, in Baulücken u.a. abgetragen

Lastabtragung über **Stahlbeton**-Bestand. Wenn nötig Sanierungsmaßnahmen - bei Auskragungen zusätzliche Stützen

Position: im Zwischenraum der Häuser, auf Parkplätzen, in Baulücken
Funktion: spielerisch neue Sichtweisen erzeugen
Dauer: Zeitraum in Abhängigkeit von Teilnahme der Eigentümer

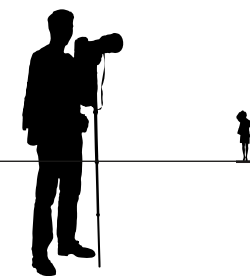
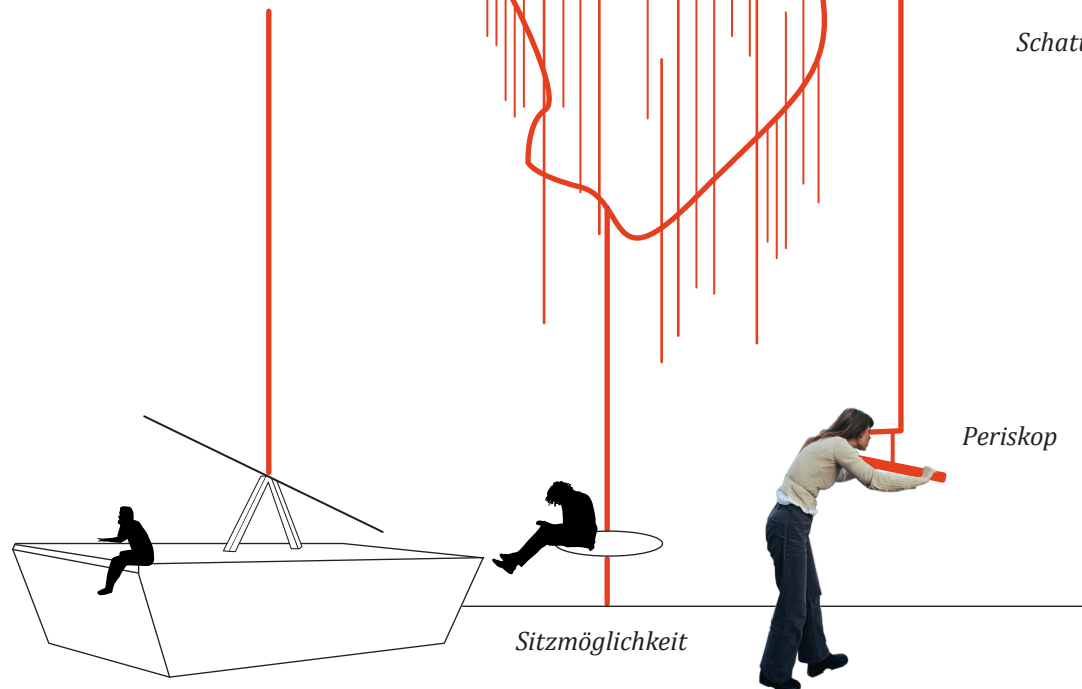
Schattenspender

punktueller Elemente welche bis in den Strassenraum reichen, stellen den Bezug zwischen oben und unten her

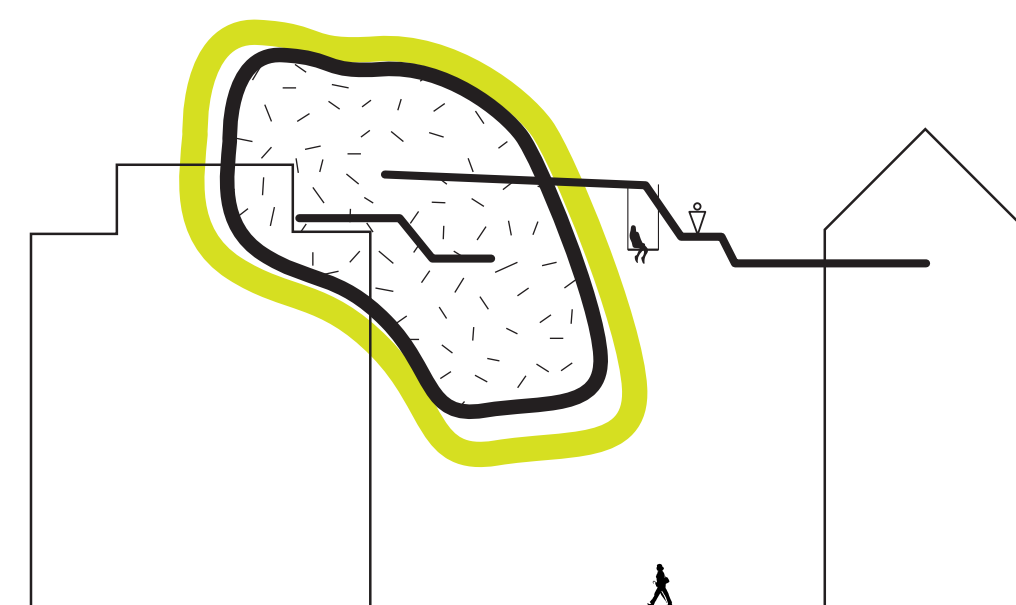
Periskop

Sitzmöglichkeit

Wippe



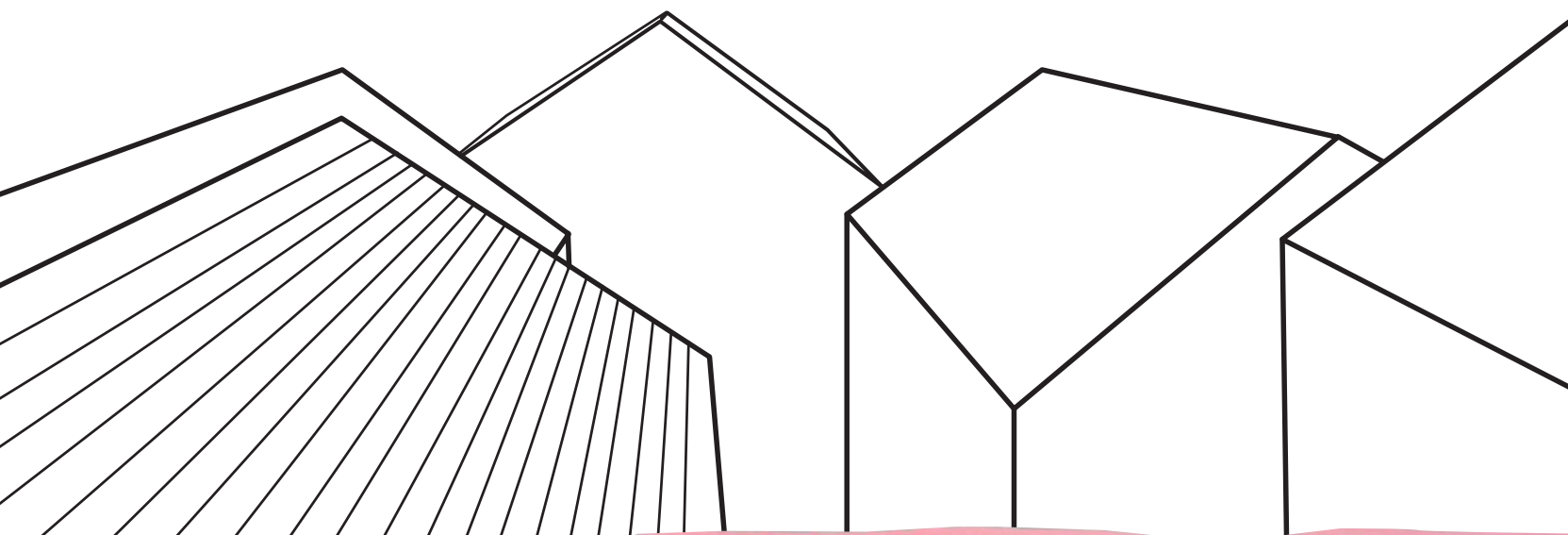
Über der Stadt laden neue öffentliche Räume ein, sie zu erobern. An strategisch günstigen Punkten positioniert, loten die andersartigen Konstrukte aus, was Raum noch sein kann.



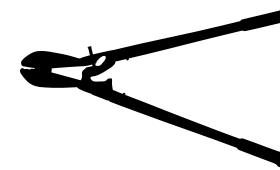


Neue Raumpotentiale über den Dächern. Orte mit starken Atmosphären entstehen.

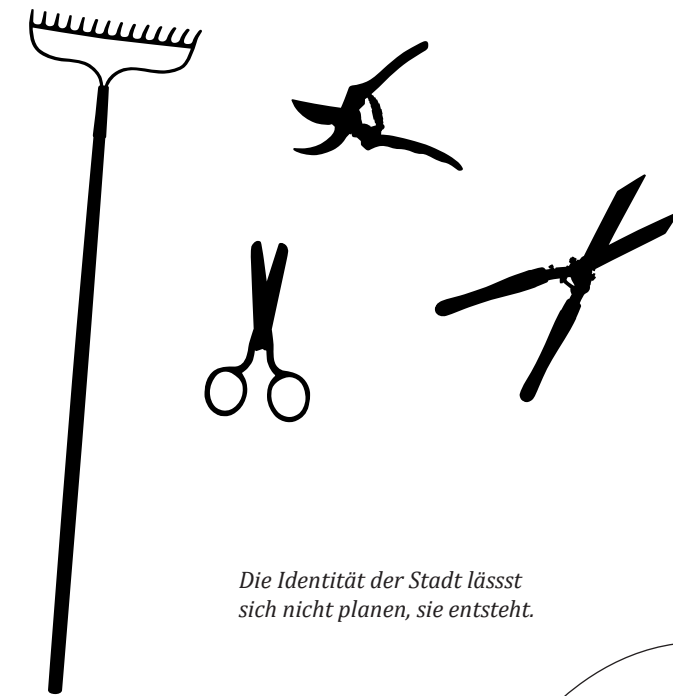
Blick über die Dächer



Wien glänzt durch weitgehendes Fehlen von Möglichkeitsräumen für Streifzüge oder bespielbaren Strukturen, die keine Nutzung vorgeben. Die neuen Räume über der Stadt werden von der Bevölkerung durch die Benutzung ständig verändert.

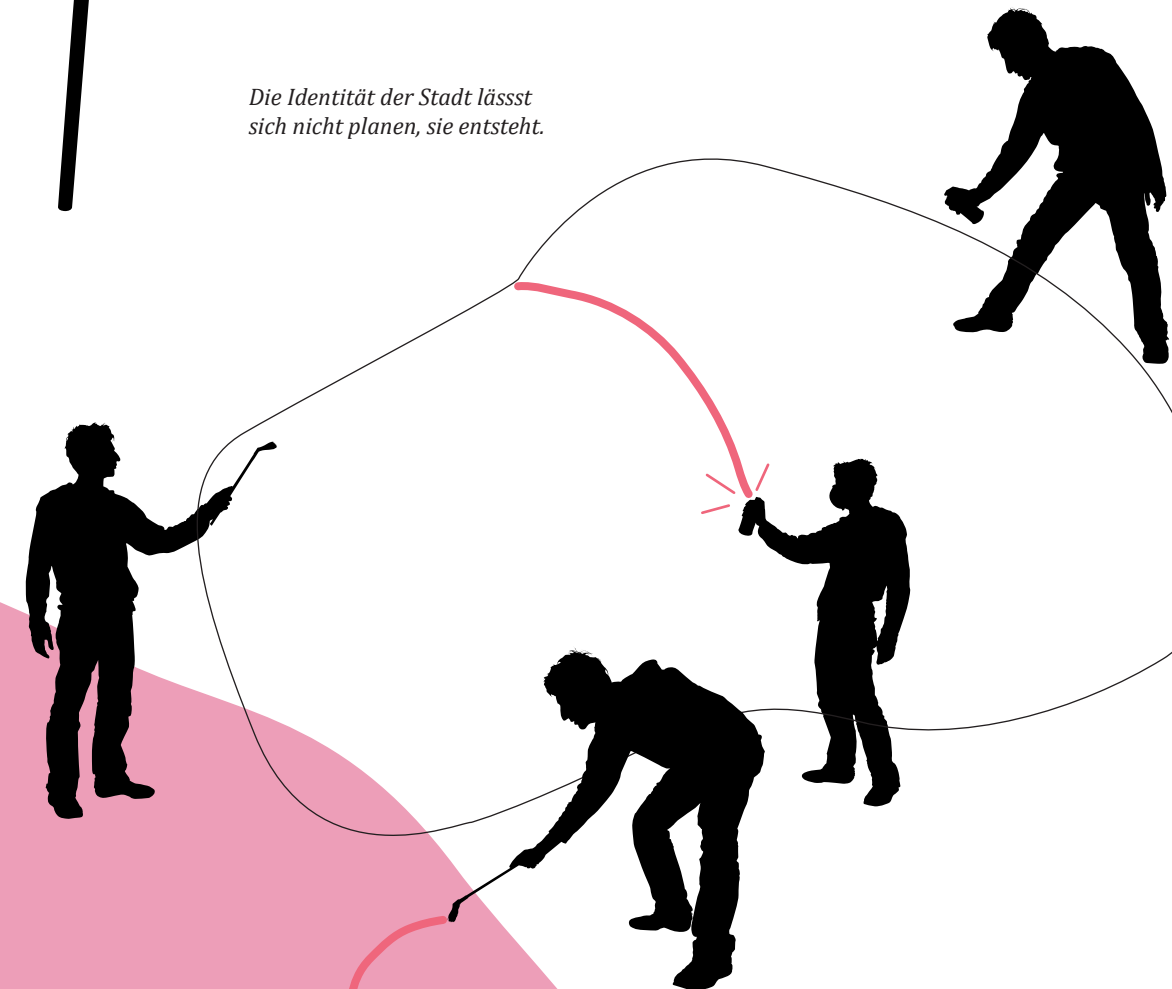


Die Bevölkerung bestimmt, gestaltet und verändert ihre Räume. Die Programmierung der neuen Strukturen ist so offen wie möglich gehalten, um Raum für Möglichkeiten und Bespielungen zu lassen. Die räumliche Qualitäten zeigen sich erst durch Benutzung der Bevölkerung.



RAUM
FÜR DIE KUNST
DER
STRASSE

Die Identität der Stadt lässt sich nicht planen, sie entsteht.





Welche Anreize bietet man **Eigentümer**? Durch Einführung des Anreizsystems und des Kanalgebührensplittings (Vorbild Deutschland) fördert man den vermehrten Ausbau von Dachflächen zu neuen Raumqualitäten.

► Einführung Anreizsystem

Das Anreizsystem ermöglicht die Umsetzung innovativer Projekte an der Schnittstelle zwischen Öffentlichem und Privatem mit Hilfe der Beteiligung von Privaten. Bei einer Beteiligung profitieren Private von Förderungen.

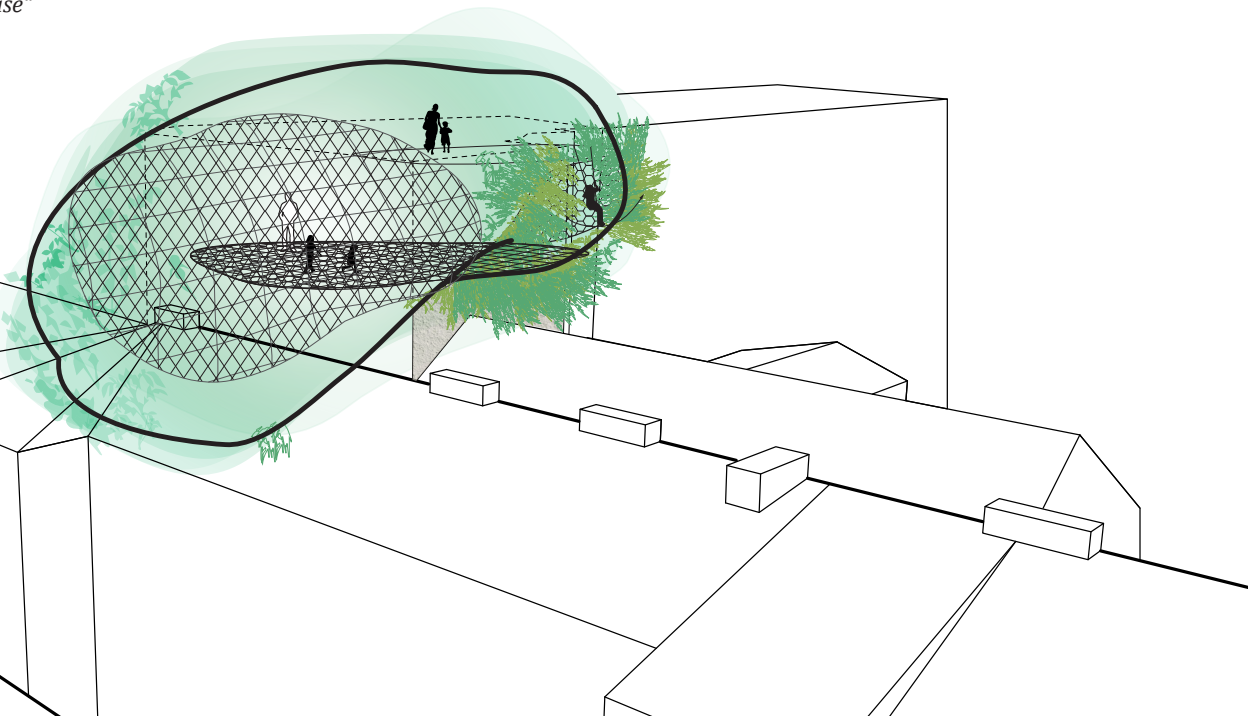
Unterschiedliche Optionen, Kombinationen und die Möglichkeit des Pausierens sollen viele dazu motivieren mitzumachen.

► Einführung Kanalgebührensplitting

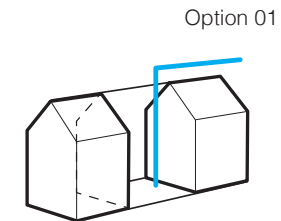
Das Kanalgebührensplitting regelt die Gebühren für die Kanalisation. Je weniger Wasser das Haus durch den Kanal verlässt, desto weniger Gebühren müssen bezahlt werden. Begrünte Dächer können bis zu 30% Regenwasser speichern.

► Vorteile
Entlastung für die Kanalisation
vermehrte Dachbegrünungen
Betriebskostensenkung

Blick auf eine neue „Grünoase“



Welche Anreize bietet man **Eigentümer**? Eine vermehrte Öffnung und Zugänglichkeit der Potentiale über Dach wird über folgende Förderungen gesteuert. *Benutzen statt Besitzen!*



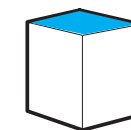
Option 01

ÖFFENTLICHE
ERSCHLISSUNG DER NEUEN FREIRÄUME *intern/extern*
(ÜBER STIEGENHÄUSER, BAULÜCKEN, INNENHÖFE ODER ÜBER DÄCHER)



Option 02

ÖFFENTLICHE
ZUGANGSRECHTE ZU BESTEHENDEN STRUKTUREN
(BAULÜCKEN, INNENHÖFE, DACHGÄRTEN)



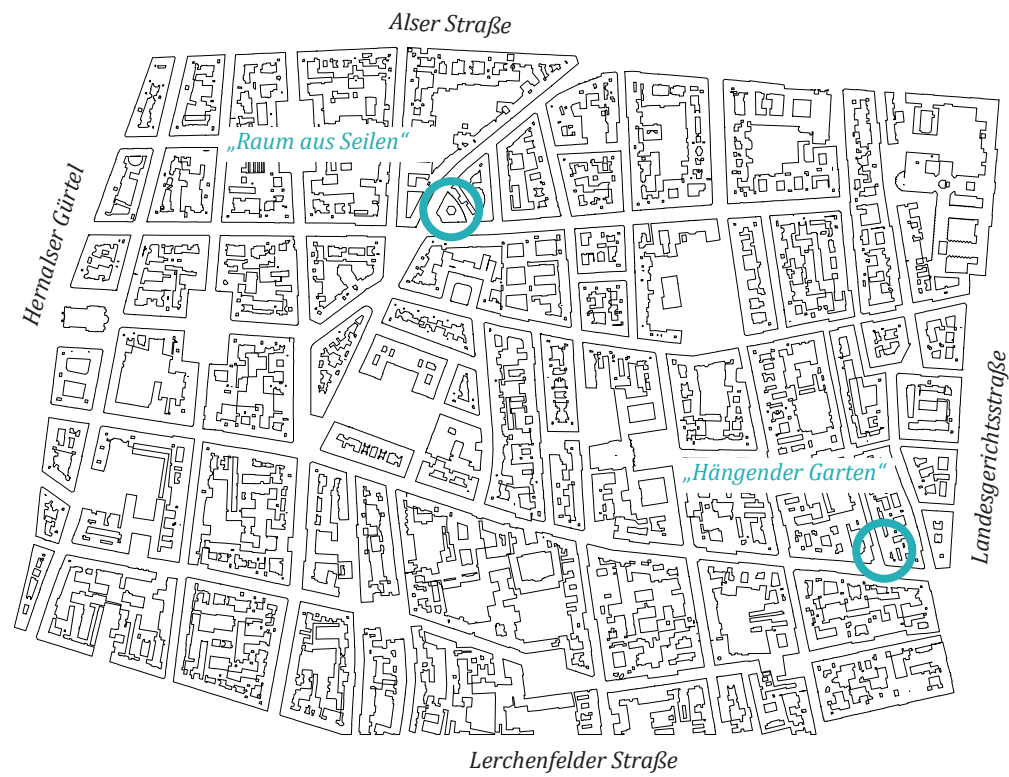
Option 03

ÖFFENTLICHE
NEUE (DACH)-FLÄCHEN

Optionen	01	02	03
Zyklus/ Dauer			
1 Jahr	Senkung der Betriebskosten (Gebühren für Abfall, Abwasser; laufende Erhaltungskosten für Gemeinschaftsanlagen)	Senkung der Betriebskosten	Senkung der Betriebskosten
		Bonus über Kanalgebührensplitting bei Begrünung	Bonus über Kanalgebührensplitting bei Begrünung
	+	+	Zuschuss für Adaptierungs-/Umbauarbeiten
5 Jahre	Sanierungsbonus in Abhängigkeit von m ²	Sanierungsbonus in Abhängigkeit von m ²	Sanierungsbonus in Abhängigkeit von m ²
	Kubaturbonus - Bonus von 10% der Bestands BGF) - max. zulässige Gebäudehöhe darf überschritten werden	Kubaturbonus - Bonus von 15% der Bestands BGF) - max. zulässige Gebäudehöhe darf überschritten werden	Kubaturbonus - Bonus von 20% der Bestands BGF) - max. zulässige Gebäudehöhe darf überschritten werden



RAUM AUS SEILEN

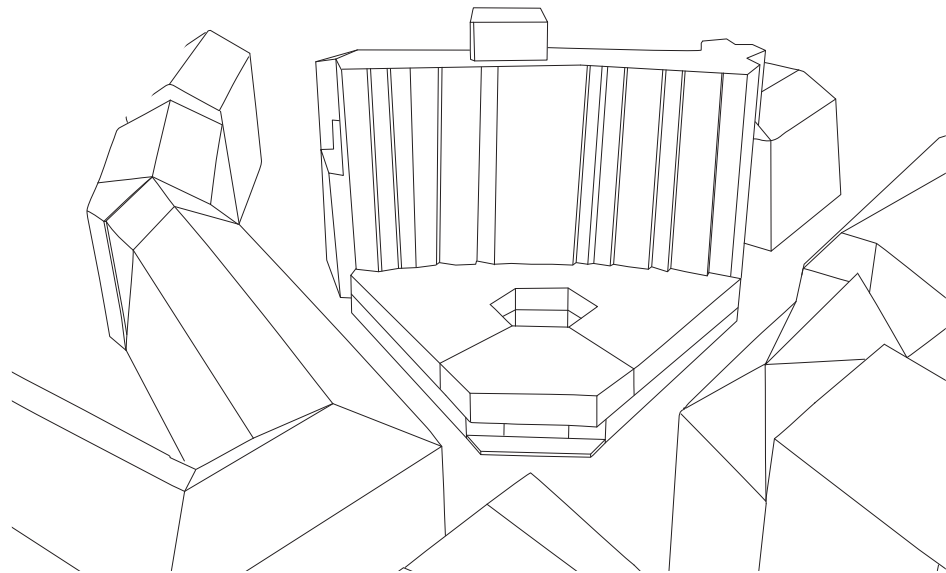


BESTAND:

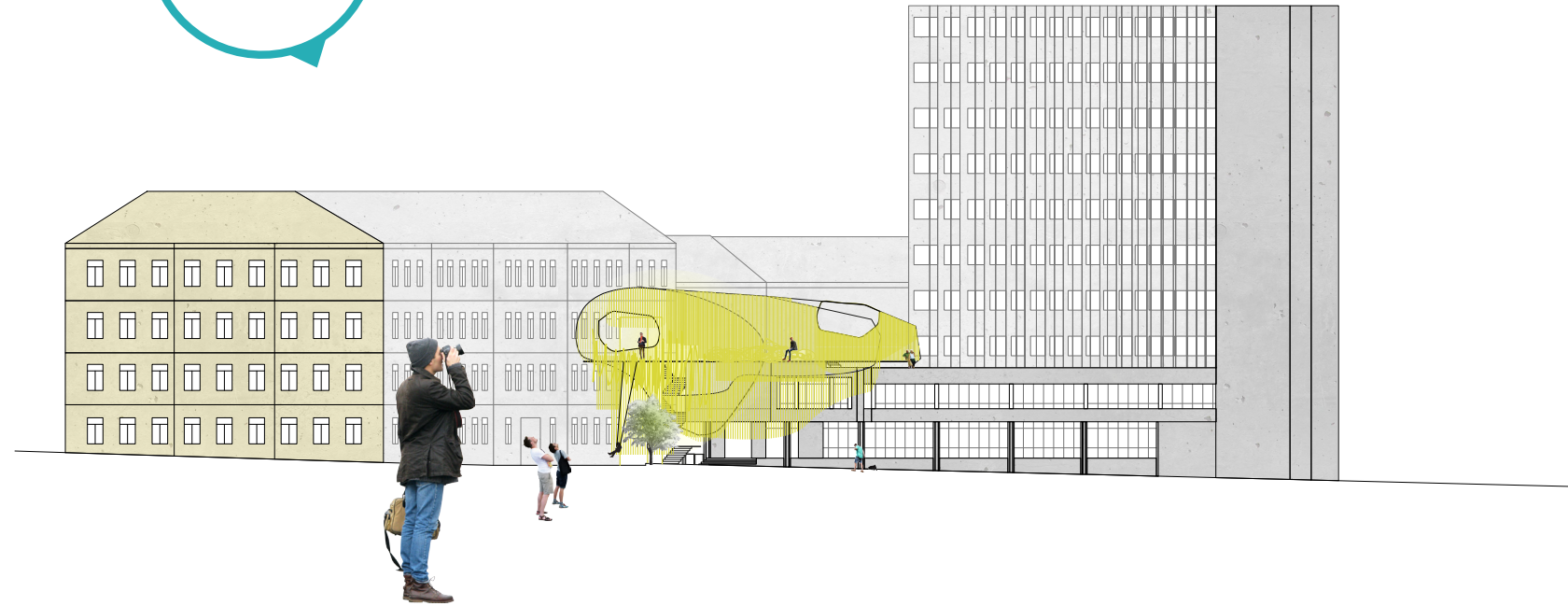
Träger: öffentliche Hand
Bausubstanz: 70iger Bau
Dachart: Flachdach
Höhe: +/- 7,80 m

INTERVENTION:

Zugang: extern
Material: Seile



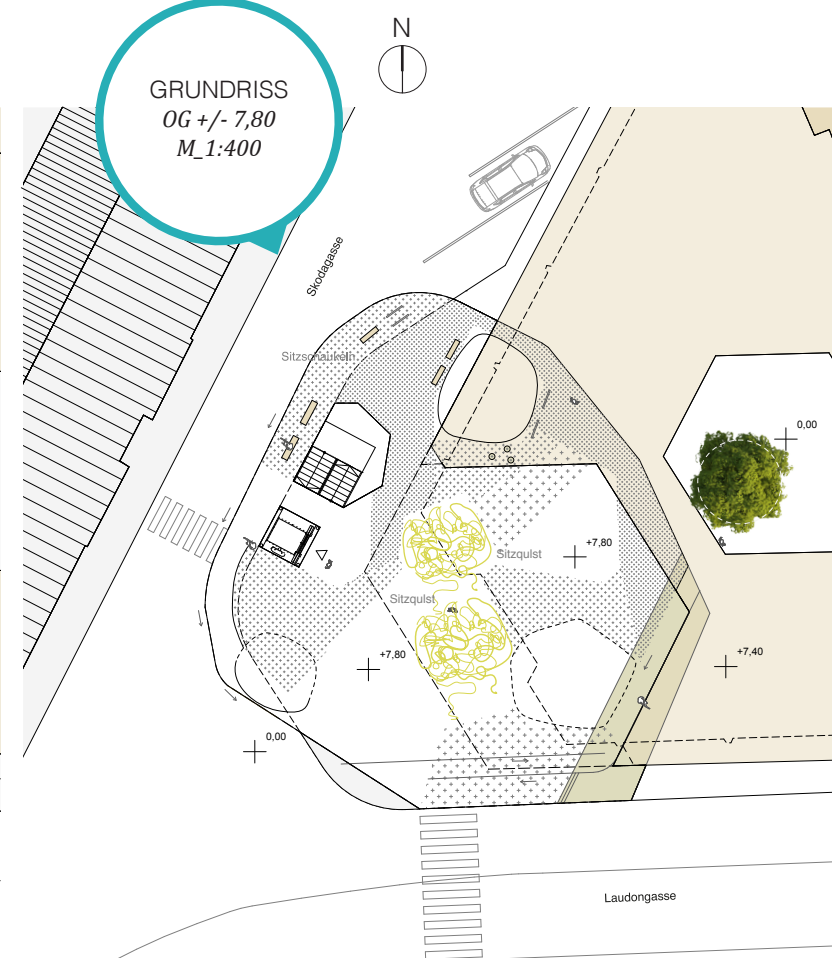
SÜD
ANSICHT



GRUNDRISS
EG +/- 0,00
M_1:400



GRUNDRISS
OG +/- 7,80
M_1:400



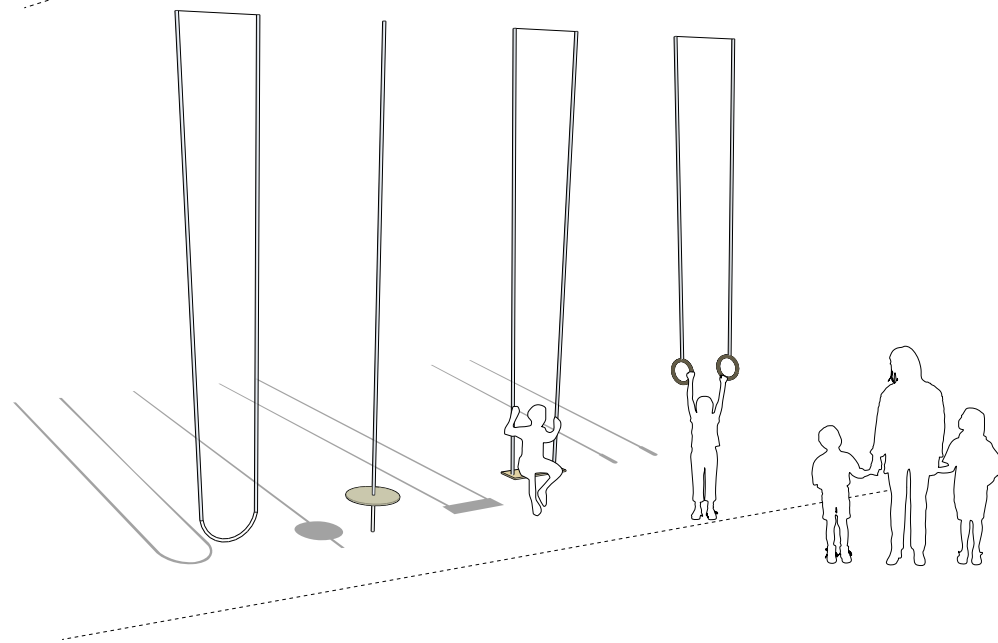
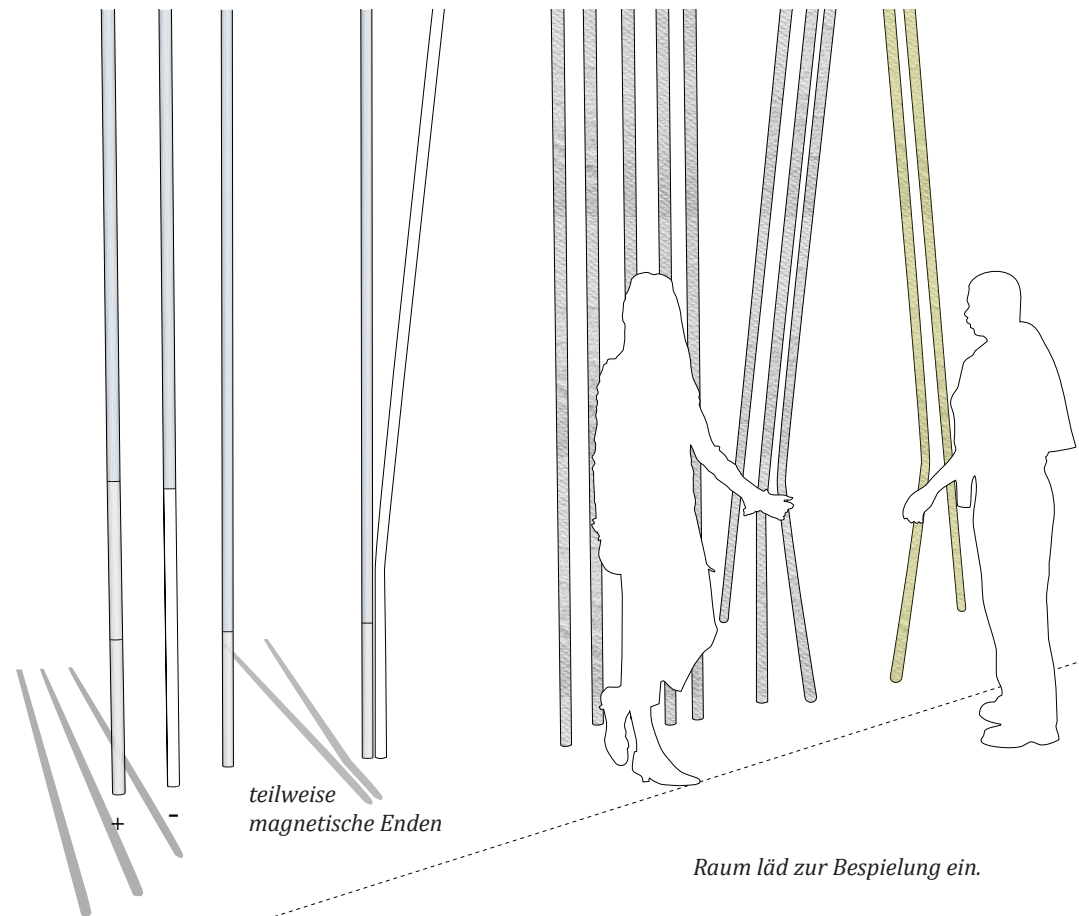
Seile sind das raumbildende Element. Ihre Ende sind teilweise magnetisch, können durch Drehen zu Leuchten werden oder enden mit einer Sitzschaukel. Indem der Raum benutzt wird, formt und ändert er sich stetig.

HAUPT
ELEMENTE

ELEMENTE:
Material:
Seile, beschichtet
∅ 2,5 cm

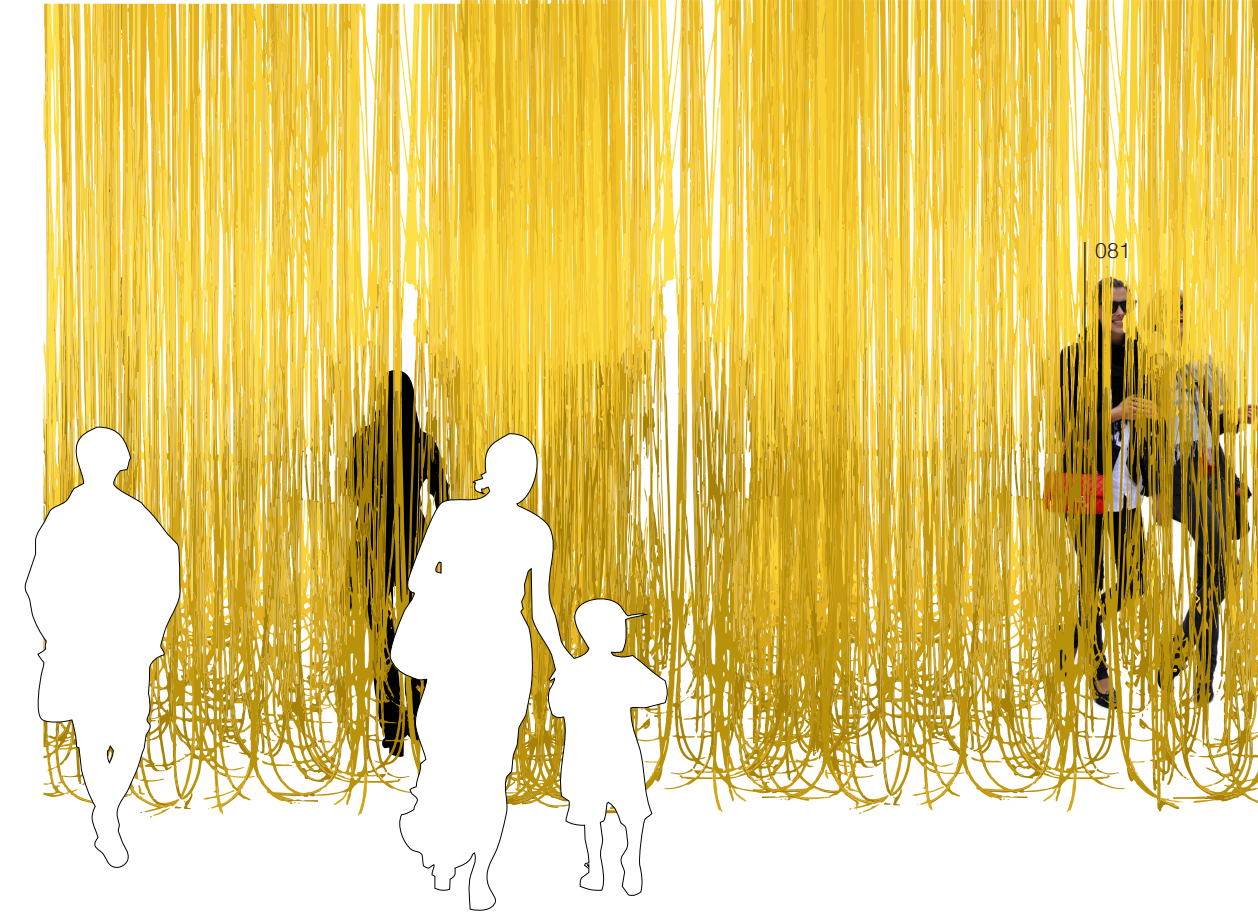
Enden:
magnetisch

Enden:
Sitzmöglichkeiten

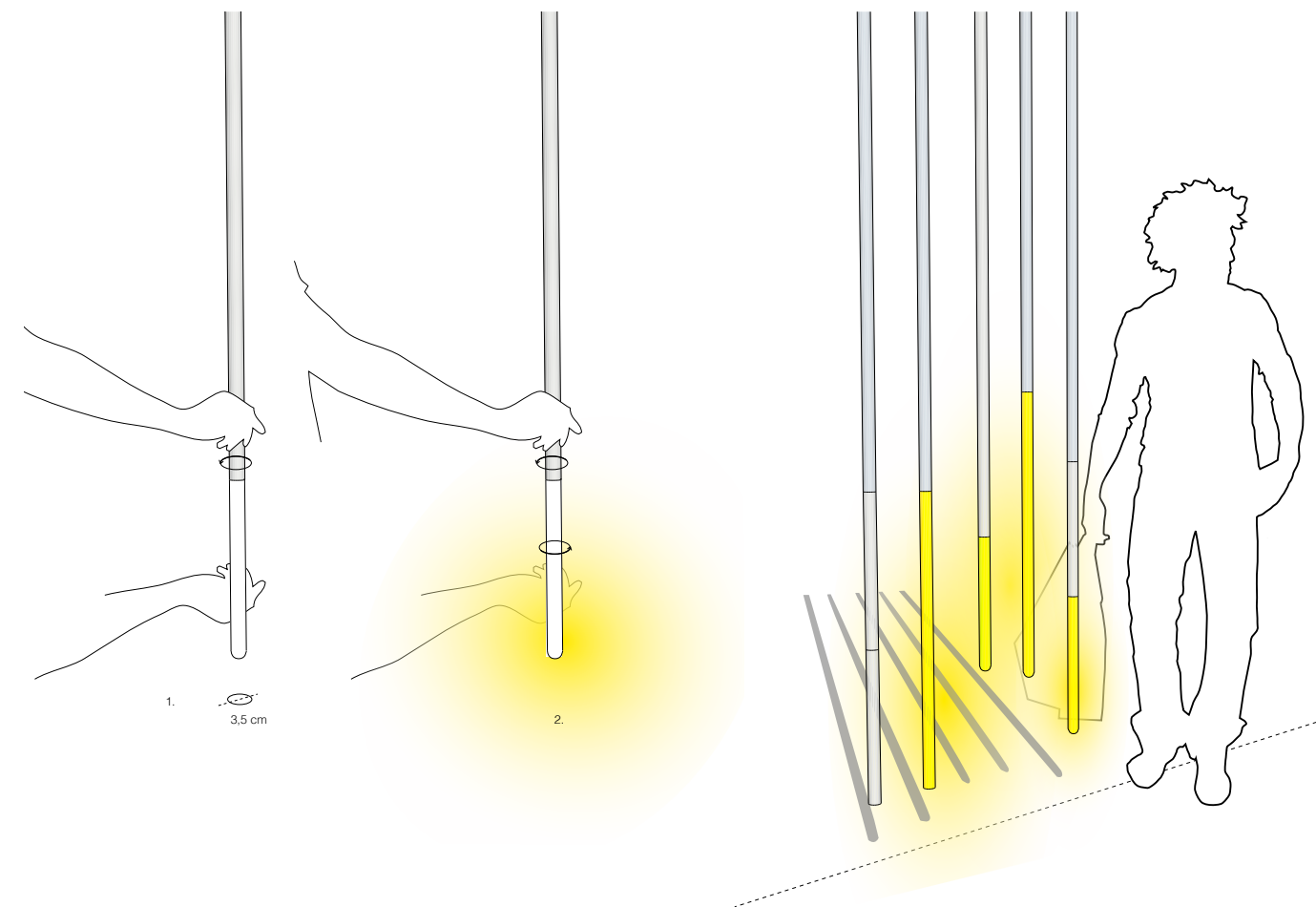


DICHTE
BEREICHE

Der Grundriss ist so offen wie möglich gehalten - für jegliche Bespielung. Nur wenige Bereiche geben eine Funktion vor. Dichte und weniger dichte Bereiche erzeugen unterschiedliche Transparenzen. Es gibt keine klare Wegführung, es werden nur Richtungen vorgegeben. Spiel mit der Neugier der Benutzer.



Raum ändert sich stetig durch die Benutzung



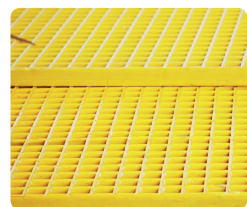
6⁶ 082
SITUATION

Flächentragwerk

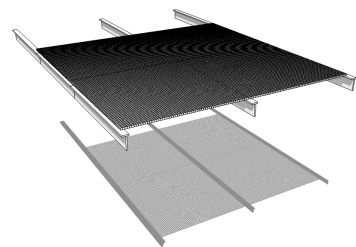
Seile \varnothing 2,5 cm

Stützen: Rundstahl
 \varnothing 8 cm

Bepankung: Gitterrost
3 x 3 cm

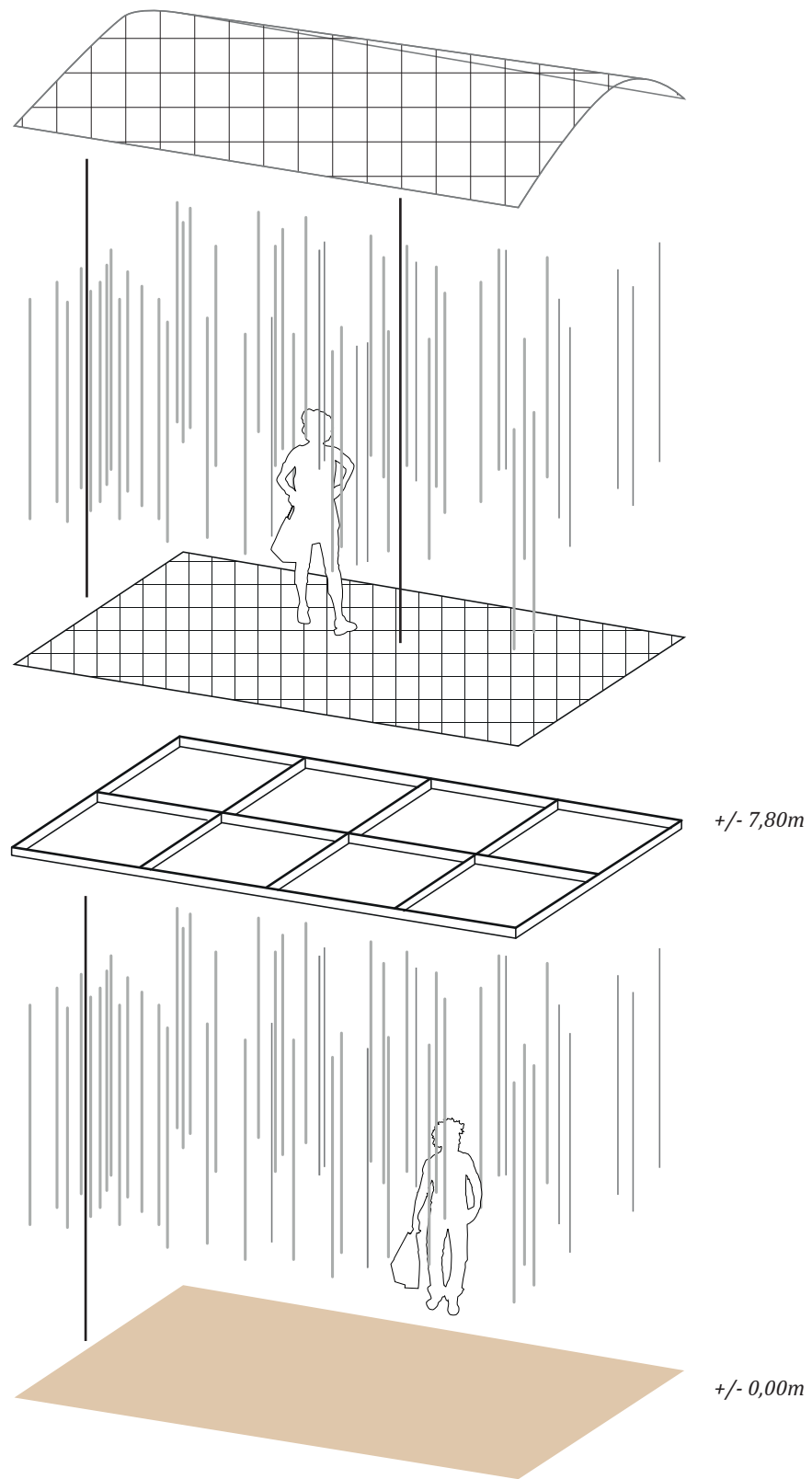


Stahlräger: I-Träger

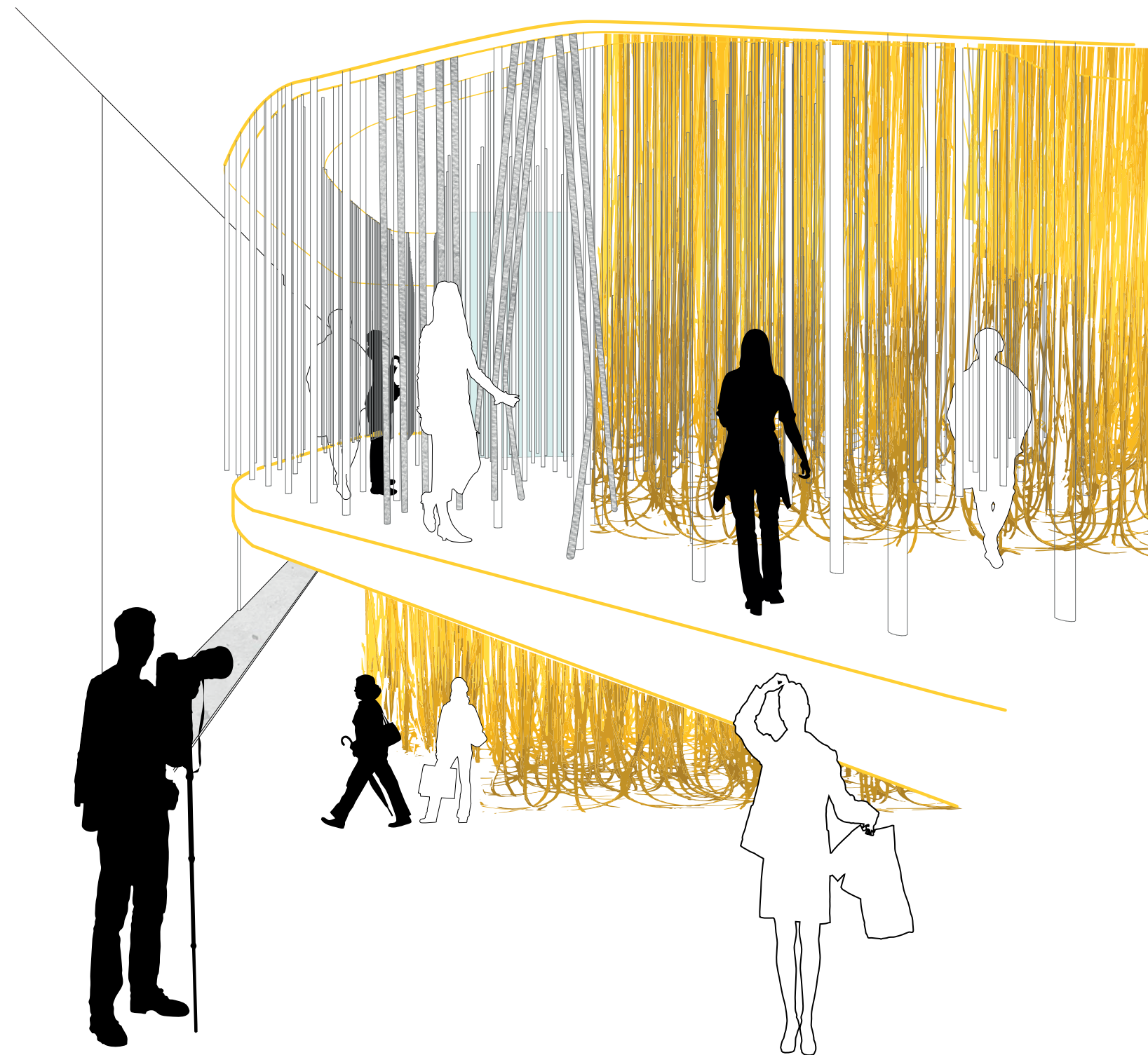


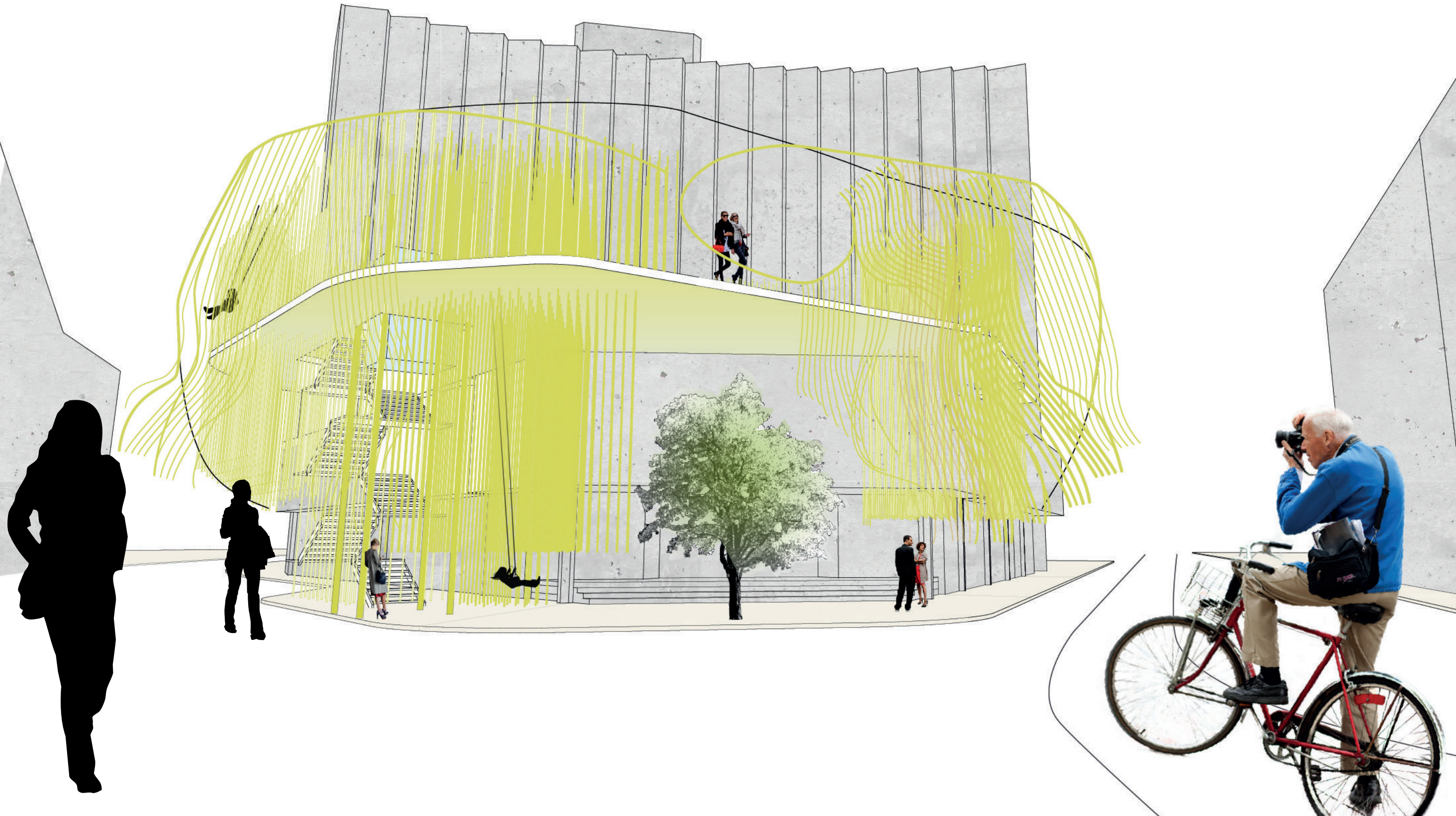
Seile

Stützen: Rundstahl
 \varnothing 8 cm



6⁶ 083
SITUATION

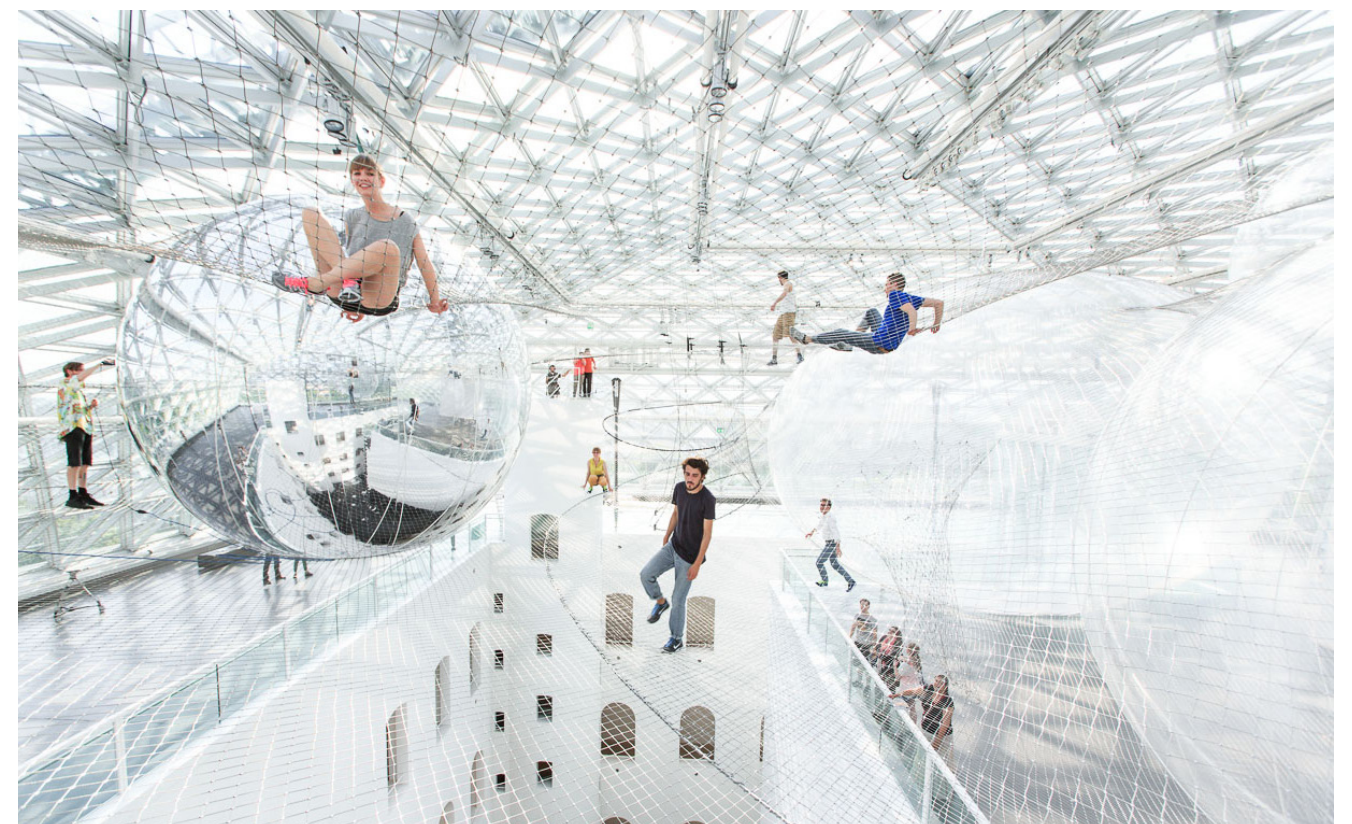
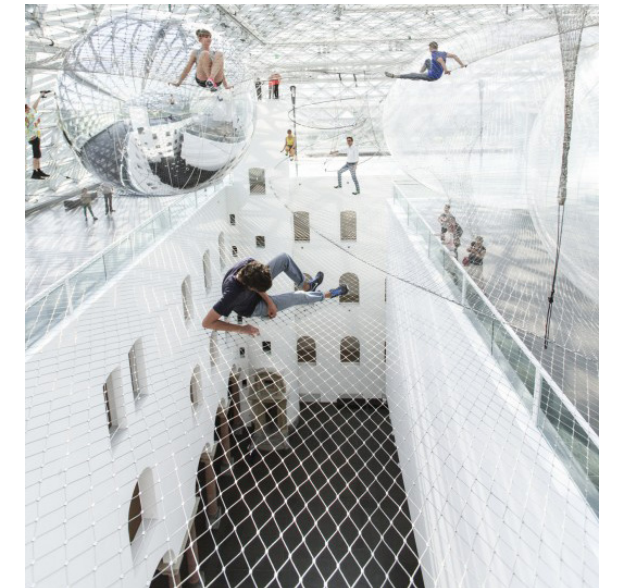




In Orbit, Tomás Sarazeno
K21 Ständehaus Düsseldorf, 2013

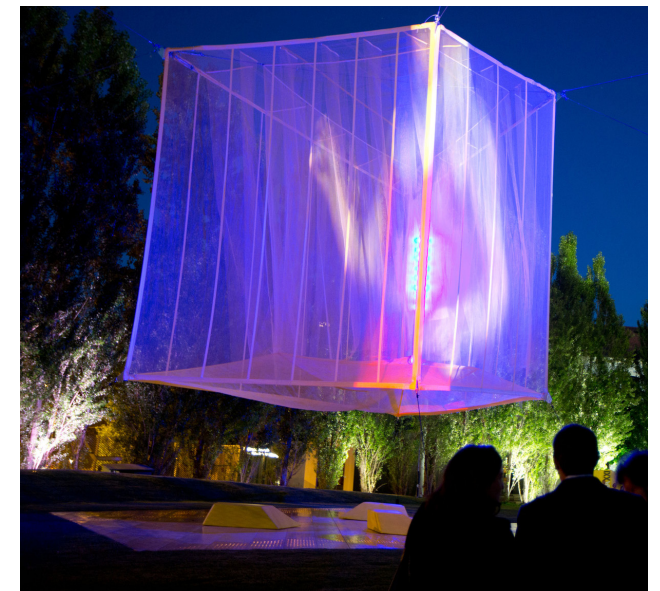
„Zwei Dinge bedrohen
beständig die Welt,
die Ordnung und
die Unordnung.“

Paul Valéry





He, Bam! bottega di architettura metropolita
Rom, 2013



„Utopia is not a place.
Utopia is not a destination,
but a direction.“

Finn Smill

LITERATURNACHWEIS

1. **Selle, Klaus:** *Was ist los mit dem öffentlichen Raum? Analysen. Positionen. Konzepte.* Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur, Dortmund, 2003, ISBN 3-929797-79-8
2. **Seiß, Reinhard:** *Wer baut Wien?*, Verlag Anton Pustet, Wien, 4. Auflage 2013, ISBN 978-3-7025-0538-7
3. **Burckhardt, Lucius:** *Wer plant die Planung? Architektur, Politik und Mensch*, Martin Schmitz Verlag, Kassel, 1980, ISBN 978-3-927795-39-6
4. **MAK — Österreichisches Museum für angewandte Kunst:** *Michael Wallraff - Vertikaler öffentlicher Raum.* Verlag für moderne Kunst Nürnberg, Wien, 2011, ISBN 978-3-86984-258-5
5. **raumlaborberlin:** *Acting in public.* Jovis Verlag, Berlin, 2008, ISBN 978-3-939633 69-3
6. **Borges, Sofia:** *Going public.* Gestalten Verlag, Berlin, 2012, ISBN 978-3-899550 440-3
7. **Aiello, Carlo:** *Evolo Scyscrapers 2*, Verlag: Evolo, China, 2014, ISBN-10: 193874005X
8. **Klanten, Robert / Hüber, Matthias:** *Urban Interventions. Personal Projects in Public Spaces.* Gestalten Verlag, Berlin, 2010, ISBN 978-3-89955-291-1
9. **Byung-Chul Han:** *Hyperkulturalität. Kultur und Globalisierung*, Merve Verlag, Berlin, 2005, ISBN 3-88396-212-0
10. **Tomás Saraceno: in orbit:** https://www.youtube.com/watch?v=ROqL-8h_7DM, Stand 26.09.2015

ZITATE

1. **Von Saldern**, 2000, in: Bihler, Michael A. : *Stadt, Zivilgesellschaft und öffentlicher Raum. Das Beispiel Berlin Mitte*. LIT Verlag, Münster, 2004, S.35
2. **Bredgens, Guido**: *Vom Verlust des öffentlichen Raums*, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V. : UTOPIE kreativ, H.182. NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH, Berlin 2005, S.1088
3. **Bihler, Michael A.** : Aktuelle Veränderungen im öffentlichen Raum, Berlin 2001, S.04
4. **Selle, Klaus**: Was ist los mit dem öffentlichen Raum?, Dortmunder Vertrieb der Bau-und Planungsliteratur, Dortmund, 2002, S.37
5. **Knierbein, Sabine**: Die Produktion zentraler öffentlicher Räume in der Aufmerksamkeitsökonomie. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2010, S.27
6. **Bredgens, Guido**: *Vom Verlust des öffentlichen Raums*, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V. : UTOPIE kreativ, H.182. NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH, Berlin 2005, S.1093
7. **Norbert, Phillip**: Öffentlicher Raum: Die Straße als urbane Spielwiese, 2011, <http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/701209/print.do>
8. **Knierbein, Sabine**: Die Produktion zentraler öffentlicher Räume in der Aufmerksamkeitsökonomie. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2010, S.27
9. **Bredgens, Guido**: *Vom Verlust des öffentlichen Raums*, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V. : UTOPIE kreativ, H.182. NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH, Berlin 2005, S.1092
10. **Junge Grüne**: <http://junge-gruene.at/blog/2014/04/29/wem-gehört-die-stadt-der-raum-die-strasse-der-platz/>, Stand 26.2.2015
11. **Nowak, Rainer**: *Weltstadt Wien? Alles nur ein Irrtum!* „Die Presse“, Print-Ausgabe, 11.10.2015
12. **Kühn, Christian**, in: Seiß, Reinhard: *Wer baut Wien?* Verlag Anton Pustet, Wien, 4. Auflage 2013, S.188
13. **Rauth, Elke**: *urbanize! Perspektiven eines kooperative Urbanismus*, dérive -Verein für Stadtforschung, 2015, S. 04
14. **Rauth, Elke**: *urbanize! Perspektiven eines kooperative Urbanismus*, dérive -Verein für Stadtforschung, 2015, S. 04
15. **Wikipedia**: <https://de.wikipedia.org/wiki/Privatisierung>, Stand: 10.10.15
16. **Kraemer, Oriana, Lengkeek Arie, Schultz Brigitte**: Eine neue Perspektive, in: *Stadt Bauwelt 201*, 12.14, En Nieuw Perspectif. Bauverlab BV GmbH, Berlin, 2014, S.17
17. **Junge Grüne**: <http://junge-gruene.at/blog/2014/04/29/wem-gehört-die-stadt-der-raum-die-strasse-der-platz/>, Stand 26.2.2015

ZITATE

18. **Ruland, Gisa, Kohoutek, Rudolf**: Grün-und Freiflächen im Wohnbau bei knappen Mitteln, Wien 2012: http://www.wohnbauforschung.at/Downloads/KF_Gruen_bei_knappen_Mitteln_Ruland_Kohoutek.pdf; Stand 4.3.2015
19. **Stadt Wien**: <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/landschaft-freiraum/landschaft/gruenraum/entwicklung/gruenguertel/gruenguertel2005.html>
20. **Arte**: <http://www.arte.tv/guide/de/050582-000/wem-gehören-unsere-staedte>, Stand 16.10.15
21. **Wordpress**: <https://greenytheid.wordpress.com/2013/10/23/privatisierung-des-offentlichen-raumes-wie-offentlichkeit-verschwindet-und-mit-ih-ressenschaft/>
22. **Wiki**: <https://de.wikipedia.org/wiki/Privatisierung>, Stand: 10.10.15
23. **Gesiba**: https://www.gesiba.at/cgi-bin/newsroom_articles.pl?br=1&se=8360 Stand: 6.10.2015
24. **Dullinger, Kurt**: Viele, viele PPP's - Aber nicht mit uns!, in: *architektur.aktuell*, 7-8. 2015, S.31
25. **Gretner, Sabine**, in: *Wer baut Wien?*, 4.Auflage, Verlag Anton Pustet, Wien, 2013, S.47
26. **Egger-Partner**: <http://www.egger-partner.at/bid.html>
27. **diePresse**: <http://immobilien.diepresse.com/home/recht/672942/Wenn-die-offentliche-Hand-mit-Immobilien-handelt>, Stand 16.10.15
28. **Glasze, Georg**: *Privatisierung öffentlicher Räume? Einkaufszentren, Business Improvement Districts und geschlossene Wohnkomplexe*, Mainz, 2014, S.23
29. **Rauth, Elke**: *urbanize! Perspektiven eines kooperative Urbanismus*, dérive -Verein für Stadtforschung, 2015, S. 06
30. **Schilling, Thorsten**, in: *Fluter - Magazin der Bundeszentrale für politische Bildung*, Nr.56, Thema: Stadt, S.03
31. **Schilling, Thorsten**, in: *Fluter - Magazin der Bundeszentrale für politische Bildung*, Nr.56, Thema: Stadt, S.13
32. **Dullinger, Kurt**: Viele, viele PPP's - Aber nicht mit uns!, in: *architektur.aktuell*, 7-8. 2015, S.31
33. **Gretner, Sabine**, in: *Wer baut Wien?*, 4.Auflage, Verlag Anton Pustet, Wien, 2013, S.47
34. **Pichler, Christian, Klug, Michael**: *Von der heiklen Kunst gemeinsamen Raum zu nutzen*, in: *AK-Broschüre-Wem gehört die Stadt?*, Nr.01, Wien, 2012
35. **Pichler, Christian, Klug, Michael**: *Von der heiklen Kunst gemeinsamen Raum zu nutzen*, in: *AK-Broschüre-Wem gehört die Stadt?*, Nr.01, Wien, 2012
36. **Schilling, Thorsten**, in: *Fluter - Magazin der Bundeszentrale für politische Bildung*, Nr.56, Thema: Stadt, S.14

BILDNACHWEIS

1. **öffentlicher Raum, öffentliches Gut?**, https://www.google.at/search?q=%C3%B6ffentlicher+raum&espv=2&biw=1440&bih=802&source=lnms&tbm=isch&sa=X&ved=0CAYQ_AUoAWoVChMIvrbWpN3iyAIVyLIUCh3RNAIc#imgrc=NSE21DVDkGOkNM%3A
2. **Luftbild Wien**, digitale Bibliothek feld72
3. **Stadtraum für alle?**, <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/landschaft-freiraum/landschaft/oeffentlicher-raum/images/leute-g.jpg>,
4. **Wien Mitte**, http://www.ortner.at/img/cms/WienMitte_1.jpg
5. **Collage**, Mia Olofsson, scan der Verfasserin
6. **Demograf. Wandel**, CSM_ias_Forschungsfeld
7. **Kundgebung, Hamburg**, http://40.media.tumblr.com/e6e12394effb3dbf722d46a6c7fce55a/tumblr_nns9c44tcW1rqtwwko1_1280.jpg, http://40.media.tumblr.com/e6e12394effb3dbf722d46a6c7fce55a/tumblr_nns9c44tcW1rqtwwko1_1280.jpg
8. **Public Swimmipool**, <http://www.publicspace.org/app/webroot/files/bucharest.JPG>, <http://www.publicspace.org/app/webroot/files/bucharest.JPG>
9. **Graffiti**, <http://www.duskyswondersite.com/wp-content/uploads/2014/01/street-art-2.jpg>, <http://www.duskyswondersite.com/wp-content/uploads/2014/01/street-art-2.jpg>
10. **Raining CMYK**, <http://skurktur.com/gallery/cmyk>
11. **Proteste, Taksim Platz**, http://www.tagesspiegel.de/images/gezi_dpa/9972558/3-format43.jpg
12. **Wien von oben**, Bibliothek feld72
13. **Wien, Reumannplatz**, <https://urbaneraumproduktionen.wordpress.com/>